

Einzelpreis 25 Goldpfennig



Saarfreund

Nachrichten
aus dem
abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet
Mitteilungsblatt des Bundes „Saar-Verein“

Nummer 8
5. Jahrgang

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungsverzeichnis S. 266) erbeten. In Sonderfällen erfolgt Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein, Berlin SW. 11, Königgräßer Str. 94. Fernspr.-Anschr.: Amt Lügau 3246. — Bezugspreis monatlich: 25 Goldpfennig. — Alle Zahlungen auf Postcheckkonto Berlin NW. 7, Nr. 66536 oder auf Deutsche Bank, Depositenkasse 6, Berlin SW. 47, Helle-Alliance-Platz 15, in beiden Fällen für Konto „Geschäftsstelle Saar-Verein“ mit dem Vermerk „Saarfreund“ erbeten.

15. Mai
1924

Willkommen in Leipzig.

Zu ernstem Raten hat der Bund „Saar-Verein“ seine Mitglieder und Freunde für den 24. und 25. Mai nach Leipzig eingeladen. Unsere Leipziger Freunde haben Wert darauf gelegt, die 4. Hauptversammlung des Bundes „Saar-Verein“ in Leipzigs Mauern zu beherbergen. Sie wollen bei dieser Gelegenheit vor Deutschland, vor dem Saargebiet befinden, mit welchem Erfolg sie bisher an der Aufklärungsarbeit über unser Saargebiet gearbeitet haben. Sie wollen mit dieser Veranstaltung der Welt beweisen, welch Unrecht, welche Schmach dem Saargebiet und Deutschland angetan ward, als man dieses urdeutsche Land der Gewalt eines eroberungslüstigen Feindes auslieserte. Nicht Worte, sondern Beweise überzeugen. Leipzig wird Beweise dafür erbringen, wie sogenannte Vertragsbestimmungen verletzt, gebrochen und umgangen werden, um dieses deutsche Land an der Saar langsam restlos dem französischen Eroberer auszuliefern.

Ihr Freunde deutschen Saarkampfes! In Leipzig wollen wir uns Rechenschaft darüber geben, wie der Kampf steht. Wir wollen uns klar und einig werden darüber, was in Zukunft geschehen muß, um unseren deutschen Brüdern und Schwestern an der Saar erfolgreich zur Seite stehen zu können. Wie sie, so kämpfen auch wir um die Freiheit des deutschen Saargebiets, um seine schrankenlose Zugehörigkeit zum Deutschen Reich. Der engen Verbundenheit zwischen Saargebiet und deutschem Mutterlande gilt unsere Arbeit, nicht einem Parteiziel. Je klarer unser Ziel erkannt wird, um so erfolgreicher werden wir ihm nahekommen.

Die Regierungskommission des Saargebiets hat uns oft genug Beweise dafür gegeben, daß ihr unsere Arbeit unbedeutend, lästig ist. Sie verfolgt das Ziel der Französierung des Saargebiets, seine endgültige Angliederung an Frankreich. Dieses Ziel ist so unverkennbar, daß es nicht bestritten wird. Um ihre Politik zu verschleiern, duldet sie die Schaffung einer Propagandastelle, die, als „Saarbund“ existiert, mit der Parole „Das Saarland den Saarländern“

Verwirrung in der Bevölkerung anzurichten versucht. Fremdlinge und Söldlinge dürfen im Saargebiet eine vertragswidrige Tätigkeit entfalten, doch die Bekundung des wahren, freien Willens der Bevölkerung wird durch Spione und Geheimpolizei verdächtigt, verleumdet.

An diese Dinge wollen wir uns erinnern, wenn wir nach Leipzig gehen, wollen sie uns vergegenwärtigen, wenn wir über unsere kommende Arbeit beraten. Mit klarem Kopf und fühllem Verstand, aber mit heitem Herzen, mit heimatlicher Treue.

Der
Reichspräsident

Berlin, den 12. Mai 1924.

Dem Bundes „Saar-Verein“ wünsche ich zu seiner diesjährigen Tagung, die an geschichtlich geweihter Stätte stattfindet, vollen Erfolg. Möge die Tagung erneut ein Beweis dafür werden, daß das ganze deutsche Volk sich mit seinen in vorbildlicher Treue ausharrenden Brüdern und Schwestern an der Saar unlöslich verbunden fühlt und mit ihnen in unerschütterlicher Gewissheit dem Tage entgegensteht, an dem die Trennung ihr Ende erreichen wird.

An den Bund „Saar-Verein“ E.V.
Berlin SW. 11

C b e r t.

Leipzig soll und muß ein weiterer Markstein in der Arbeit unseres Bundes werden. Frankreichs Raubpolitik darf an der Saar keine Fortschritte machen, denen nicht zähe, systematische Gegenarbeit, deutsche Abwehr entgegengestellt wird. Es muß festgestellt werden, daß die politische, die wirtschaftliche, die kulturelle Tätigkeit Frankreichs im Saargebiet vertragswidrig ist, da sie dem Geist des Saarstatus zuwiderläuft. Danach muß unsere Arbeit sich richten, die keine vertragliche Bestimmung uns verbietet. Es widerspricht dem Naturgesetz des Völkerrechts, daß eine fremde Macht Bewohner ihrer Heimat beraubt und ihnen verbieten will, für ihre Heimat tätig zu sein.

Wir Ausgewiesenen, Vertriebenen, wir übrigen Saardeutschen, hinter die sich Tausende und aber Tausende vaterländischer Männer gestellt haben, fordern, daß wir an dem Geschick unserer Heimat ungehindert mitarbeiten dürfen, wir verwahren uns dagegen, daß eine vom Völkerbund eingesetzte Verwaltungskommission die von ihr Ausgewiesenen als Hochverräte bezeichnet und verfolgt, daß sie das Saargebiet politisch gegen Deutschland abschließt. Wir verwahren uns dagegen, daß das Land von in französischem Sold stehenden Verrätern beunruhigt, seine deutschfühlende Bevölkerung als bezahlte Agenten hingestellt wird. Wir verlangen weiter, daß die Regierungskommission aufgesondert wird, daß die fran-

dösischen Propaganda- und Provokationsstellen im Saargebiet aufgelöst und alle in ihren Diensten stehenden Landfremden Elemente des Landes verwiesen werden. Wir verlangen schließlich, daß die Regierungskommission endlich strikte Anweisung erhält, ihre Tätigkeit entsprechend den Bestimmungen des Saarstatuts, entsprechend den Ver sicherungen der alliierten und assoziierten Regierungen auszuüben, nichtverantwortlich der französischen Regierung zu sein, sondern allein dem Völkerbund. Dieses Versprechen muß endlich eingelöst werden!

Am 24. und 25. Mai werden wir uns im Kreise treuer und ernster Mitarbeiter richtunggebend für unsere kommende Jahresarbeit mit all den Dingen befassen, die im Interesse der Deutscherhaltung des Saargebietes gelegen sind. Wir wissen es wohl, daß wir angesichts der außerordentlich gefährlichen Propaganda Frankreichs im Saar-

gebiet mit Hilfe bezahlter Verräte es nicht leicht haben, uns mit unserer Arbeit durchzusehen. Da wir aber Hand in Hand mit unseren Volksgenossen an der Saar unsere Arbeit tun, da wir für unser gutes Recht kämpfen, so wissen wir auch, daß diese Arbeit nicht umsonst jetzt wird. In Leipzig, wo vor über hundert Jahren ein deutsches Land eingefallener französischer Eroberer eine vernichtende Niederlage erlitt, wollen wir uns darüber aussprechen, welche Wege zu gehen sind, um den französischen Eroberungsabsichten an der Saar eine Niederlage zu bereiten. Zu dieser Mitarbeit rufen wir alle unsere Freunde in Stadt und Land auf. Erste vaterländische Arbeit an unserer Saarheimat soll uns dort vereinen. Wer es ehrlich und gewissenhaft mit dieser Arbeit meint, wird sich mit uns in Leipzig versammeln.

Ihnen allen rufen wir ein hoffnungsvolles saar-deutsches Glück auf zu!

Rückblick und Ausblick.

An historisch bedeutsamer Stätte, dort, wo sich vor über hundert Jahren das Schicksal Deutschlands gegen den französischen Eroberer entschied, wird der Bund „Saar-Verein“ am kommenden 24. und 25. Mai seine Mitglieder und Freunde zur diesjährigen Bundestagung versammeln. Aus nah und fern werden ausgewanderte und vertriebene Saardeutsche, werden Freunde des Saargebiets zusammenkommen, um in ernster Beratung alle die Fragen zu besprechen, die das Schicksal des Saargebietes mitentscheiden. Fast 6 Jahre leuchtet das Saargebiet unter der Fremdherrschaft des französischen Imperialismus. Fast 6 Jahre steht die Bevölkerung an der Saar im Abwehrkampf gegen die Annexionsbestrebungen eines Länderräubers. Fast 6 Jahre sind die Bemühungen der französischen Propaganda an der deutschen Treue und der Vaterlandsliebe der Saargebietbevölkerung zerschellt.

Was diese 6 Jahre deutscher Treue an der Saar bedeuten, vermag nur der zu verstehen, der die Entwicklung der Dinge dort miterlebt, mitdurchfühlt hat, der verfolgt hat, welche Wege Frankreich geht, um das Saargebiet nachträglich zu annexieren, weiß, was die Nedwendung Clemenceaus und Tardieu in ihrer bekannten Note vom März 1919 an die Friedenskonferenz bedeutet: Die 15 Jahre bis zur Abstimmung sind gewählt, um die Zeit handeln zu lassen.

Wir wissen es und auch in Frankreich weiß man es, trotz der Lüge von den 150 000 Saarfranzosen, daß das Saargebiet ein reines rein deutsches Gebiet ist, ein Gebiet, in dem sich die jahrzehntelange Grenznachbarschaft mit Frankreich in keiner Weise ausgewirkt hat. Als die französischen Truppen vor 6 Jahren ins Saargebiet einzogen, da war sich der französische Oberkommandierende darüber klar, daß in der Bevölkerung keinerlei französische Sympathien vorhanden waren. 6-jährige ergebnislose Französterungsarbeit hat diesen militärischen Politikern diese Überzeugung unverwischbar bestärkt. Daß man über den deutschen Charakter des Saargebietes in Paris in vollem Umfang unterrichtet war, das hat der wütende Kampf Frankreichs um den Präsidentenposten in der Regierungskommission für das Saargebiet bewiesen. Hat weiter bewiesen die Wahl des Mannes, den Frankreich für diesen Präsidentenposten vorschlug. Herr Rault ist ein hervorragender Verwaltungsbeamter. Dieses Anerkennnis ihm zu verlagen wäre ungerecht. Herr Rault ist ferner Franzose mit heißem Herzen und stolzem Nationalbewußtsein. Diese Eigenschaften können ihm nicht zur Unehrre gelten, dürfen ihm nicht als Fehler angerechnet werden. Frankreich schickte in das Saargebiet einen Mann, auf den es sich verlassen konnte. Und trotzdem gehört Herr Rault auf Grund der vertraglichen Bestimmungen über das Saargebiet in dem sogenannten Friedensvertrag nicht nach Saarbrücken. Das Saarstatut verlangt eine unparteiische, gerechte Verwaltung, um die Wohlfahrt und die Rechte der Saargebietbevölkerung zu sichern. Zwar hat Herr Rault bei seinem Amtsantritt erklärt, daß er, da er im Auftrage des Völkerbundes das Präsidium der Regierungskommission übernommen habe, aufgehört habe, Franzose zu sein, da er sich ganz in den Dienst des Völkerbundes stelle. Aber hier beginnt die Unaufrichtigkeit und die Pflichtverletzung des Herrn Rault — nicht seinem Vaterlande gegenüber, wohl aber dem Völkerbund und der Bevölkerung an der Saar gegenüber. Vielleicht erblickt Herr Rault in dem Völkerbund lediglich das Organ, dessen Frankreich sich bedient, um nachträgliche Verhügungen des Versailler Diktats zu seinen Gunsten zu erreichen. Dann würde er recht handeln, denn er hat sich wohl dessen er-

innert, was Frankreich von ihm erwartet, und was ihm im Herbst 1921 der damalige französische Minister Loucheur eindringlich ins Gedächtnis rief. Aber er erinnerte sich nicht des Auftrages, der ihm vom Völkerbund gegeben werden mußte.

Herr Rault hat während seiner vierjährigen Tätigkeit an der Saar alles getan, um den Interessen seines Vaterlandes gerecht zu werden. Wenn das Saarstatut eine Regelung vorsah, die bei loyaler Anwendung die Interessen der Bevölkerung und des Landes sicherte, gleichzeitig auch die Rechte Frankreichs in seiner Eigenschaft als Besitzer der Saargruben garantierte, dann hat Herr Rault aus diesen Bestimmungen ein Traktat gemacht, das die Umstellung des Saargebietes in wirtschaftlicher, kultureller und politischer Beziehung zum Ziele hat.

In wirtschaftlicher Beziehung hat Herr Rault die Umstellung nach Westen fast restlos erreicht. Sein Meisterstück in der Auslegungskunst von Bestimmungen und in der Richtachtung von Verträgen hat er mit der Einführung der Frankenwährung geleistet. Es wird vielleicht einer späteren, einwandfreien Prüfung vorbehalten bleiben müssen, festzustellen, in welchem Zusammenhange wirtschaftliches Chaos, Inflation, moralische Wirkungen eines Währungsdualismus an der Saar künftliche Erscheinungen einer französischen Politik zur Umstellung der Währung an der Saar gewesen sind. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß Frankreich seine wirtschaftliche Vormachtstellung an der Saar mit Hilfe der Saargruben dazu benutzt hat, um jeweils die Wirtschaftslage zu schaffen, die eine Förderung der französischen Politik gewährleistete. Wir haben im Saargebiet Hochconjunktur und Katastrophenerscheinungen, Wohlleben und Hungersgefahr in wechselnder Folge erlebt. Niemals schloß eine derartige Epoche ohne einen Vorwärtsschritt für die französische Loslösungspolitik. Daß in allen diesen Dingen ein wohlgeordnetes System lag, hat nicht besser festgestellt werden können, als durch den Ausspruch eines französischen Propagandajournalisten wie Stefan Lanzanne bei der Einführung der französischen Währung im Saargebiet: „Das Bild unserer lieben behelmten Frau dringt zuerst in das Saargebiet. Ist es ein Vorläufer?“ Also Triumph über einen ersehnten und erwarteten Sieg, einen Sieg, den man durch weitere höchst durchsichtige Finanz- und Währungsgebühr noch zu vertieften trachtet.

In kultureller Beziehung: Ist es nicht geradezu überraschend, welche Erfolge Frankreich mit seiner Schulpolitik im Saargebiet erzielte? Wer hätte je geahnt, daß sich der französische Sprachunterricht an den deutschen Volksschulen in solcher Weise einbürgern könnte, obwohl allen maßgebenden Personen des Deutschstums an der Saar klar war, daß politische Ziele damit verfolgt wurden. Und die französischen Schulen! Wer hätte sich im Saargebiet vorstellen können, daß in einem Lande, dessen Bevölkerung auch nicht den allermindesten französischen Einschlag aufzuweisen hat, innerhalb von vier Jahren 12 französische Schulen mit annähernd 80 Klassen bestehen könnten, die vorübergehend von 4000 deutschen Kindern besucht wurden! Hier zeigt sich uns die Gefährlichkeit der französischen Propaganda mit so erschreckender Deutlichkeit, daß man sich nur über eins wundern kann, darüber nämlich, daß man sich in Deutschland noch nicht darüber einig geworden ist, daß dieser Propaganda mit den allerschärfsten Mitteln entgegentreten werden muß.

Und schließlich in politischer Beziehung. Haben hier die Franzosen erkennbare Erfolge aufzuweisen? Nein und ja! Die letzte Landesratswahl hat gezeigt, daß die Bevölkerung an der Saar zu 99 Prozent sich hinter die deutschen Parteien stellt. Sollten wirklich vor zwei Jahren ein achtel oder ein elfstel Prozent mehr deutsche Stimmen vorhanden gewesen sein, so ist das kein Zeichen dafür, daß Frankreich in der Bevölkerung an der Saar irgendwelche Fortschritte gemacht hat. Und trotzdem hat Frankreich politische Erfolge an der Saar aufzuweisen. Wenn es möglich ist, daß eine in der französischen Kammer ausgegebene Parole: „Das Saarland den Saarländern“ (um es, losgelöst vom Deutschen Reich, leichter zu Frankreich herüberziehen zu können), innerhalb weniger Monate im Saargebiet ein Echo, und sei es auch nur ein fiktisch hergerichtetes, finden könnte, so bedeutet das einen politischen Erfolg, den Frankreich jedenfalls nach außen hin für seine Propagandazwede in weitestem Ausmaße verwendet. Daran ändert nichts die Tatsache, daß der damaligen Forderung in der französischen Kammer eine Erhöhung des französischen Propaganda-fonds für das Saargebiet gefolgt ist. Es ändert auch nichts daran, daß die im Saargebiet als „Führer“ der sogenannten Saarbund-Bewegung auftretenden Personen Strophuppen eines Majors Richter sind: Wir wissen, daß das gleiche gekaufte Verrätertum im Rheinland und in der Pfalz der Welt eine Bewegung vortäuschte, die, scheinbar aus der Bevölkerung herausgewachsen, die Loslösung vom Deutschen Reich erstrebt.

Denn schließlich kommt alles auf die Auswertung an. Das sehen wir in der Frage der französischen Besatzung an der Saar. Sie ist unberechtigt, vertragswidrig, das ist festgestellt im Völkerbund sowohl wie im englischen Parlament, selbst ein politisches Kind erkennt es aus den Diktatbestimmungen. Da aber Frankreich es fertig bringt, dem Völkerbund weiszumachen, daß Frankreich in der Belassung seiner Besatzungsstruppen an der Saar dem Völkerbund ein Geschenk macht und der Bevölkerung an der Saar Lasten nimmt (Ersparung der örtlichen Gendarmerie), so bleibt die Tatsache bestehen, daß der Vertragsbruch Frankreichs und der Regierungskommission in der Welt nicht mehr als Vertragsbruch erkannt wird. Also ein zweiter politischer Erfolg, und zwar kein kleiner. Aus den französischen Presseerörterungen weiß man, daß man in Frankreich der Frage der Belassung des französischen Militärs an der Saar die allergrößte politische Bedeutung beimißt, eine Bedeutung, der die französische Presse Erörterungen widmet, auf welchem Wege erreicht werden könne, daß die Truppen im Saargebiet für immer bleiben können.

Das ist ein kurzer Rückblick, der uns zeigt, wo unsere Arbeit bisher erfolglos war, und der uns sagt, welche Punkte wir bei der Fortsetzung unserer Arbeit beachten müssen. Und nun einen Ausblick. Am 10. Januar 1925 tritt eine Bestimmung des Saarstatuts in Kraft, die das Saargebiet zollpolitisch an Frankreich angliedert. Französische Schlagbäume werden rechtsgültig an der Ost- und Nordgrenze des Saargebiets aufgerichtet. Rein äußerlich hört an diesen Schlagbäumen deutscher Boden auf. Das Saargebiet wird uns dann erscheinen als ein Gebiet, zollpolitisch, währungspolitisch, verwaltungsmäßig, verkehrstechnisch, wirtschaftlich losgelöst vom Deutschen Reich. Und diesen gewaltigen Faktoren staatsrechtlicher Verbundenheit mit einem Lande steht als einziges Bollwerk, Graniten und Stahlern, gegenüber die deutsche Treue der Bevölkerung. Indem wir unsern

Blick auf dieses Leben stützte gar nicht mehr ferne Zukunftsblicke richten, lernen wir erkennen, welch außerordentlich schweren Kampf die Bevölkerung an der Saar führt, um ihre Heimat dort zu behalten, wohin sie gehört: zu Deutschland. Wie eine abgetriebene Insel mitten im Weltenmeer, losgelöst von allen Bindungen mit dem Festland, nur betreut und verteidigt von einer an ihrem Heimatboden zäh festhaltenden Bevölkerung, so erscheint uns das Saargebiet vom Jahre 1925 ab. Es sind unsere deutschen Brüder und Schwestern, die dieses Land verteidigen. Wir kennen ihren Kampf, wir kennen ihre Treue und wissen, daß sie auf unsere Unterstützung und auf unsere Treue rechnen. Ergibt sich dadurch nicht ganz von selbst der Charakter unserer Arbeit, das Ziel unserer Tätigkeit? Nicht parteipolitische Gesichtspunkte dürfen uns in unserem Kampf zerstören, nicht wirtschaftliche Sorgen des eigenen Ich, nicht Kleinmut über das Morgen dürfen uns veranlassen, auch nur einen Schritt von dem Wege abzugehen, den wir gehen müssen, um mit unseren Volksgenossen an der Saar zu siegen.

Die Regierungskommission hat wiederholt versucht, unsere Arbeit zu verdächtigen. Es gibt Leute im Saargebiet, die das Märchen verbreiten, als gebe es im Saargebiet und in unseren Reihen Leute, die an eine gewaltsame Lösung der Saarfrage dächten, als gebe es eine Organisation, die im Saargebiet gewaltsame Aktionen vorbereite, die die Sicherheit der Regierungskommission bedrohten. Selbst den Völkerbund hat man dahin unterrichtet, als würden derartige Pläne mit staatlicher Unterstützung des Reiches betrieben und gefördert. Weitgehende politische Enthüllungen mit Verhaftungen und sensationellen Gerichtsverhandlungen wurden in Genf gegen derartige Geheimorganisationen angeklagt, Haushaltungen abgehalten, Verdächtigungen ausgestreut — und der Erfolg: Nicht den Schatten eines Beweises hat die Regierungskommission, haben die bezahlten Agenten Frankreichs für derartige Behauptungen aufzwingen können. Wir haben die Regierungskommission aufgesordert, uns die Gründe anzugeben, die sie berechtigen, uns dunkle Machenschaften zu bezichtigten. Wir haben sie aufgesordert, sich an Ort und Stelle unserer Tätigkeit über unsere Organisation zu unterrichten, sich an Hand unserer aktienmäßigen Unterlagen, unserer Beschlüsse und unserer Arbeitsgliederung von den Bestrebungen unseres Bundes zu überzeugen. Die Regierungskommission hat diese Aufforderungen unberücksichtigt gelassen. Die Spiegel, die sie uns in unsere Büros entsandte, haben ihr, da sie trotz ihrer aufgewandten Mühen nichts Verdächtiges entdecken konnten, Schauergeschichten erzählt, Dokumente gefälscht und falsche Berichte angefertigt. Und die Regierungskommission und die französischen Agenten im Saargebiet sind auf derartigen Betrug hereingefallen oder haben ihn wider besseres Wissen gern geglaubt, weil sie ihn glauben wollten.

Was wir im Interesse des Saargebiets tun, hat keine Offenlichkeit und keine Kommission zu scheuen. Was wir eingangs sagten, wiederholen wir: Das Saargebiet ist unser reindeutsches Gebiet! Und da wollte es uns die Regierungskommission, will es uns Frankreich verwehren, daß wir für die Deutscherhaltung dieses Gebietes, daß wir für die verbrieften Rechte seiner Bevölkerung, daß wir für die Verbundenheit unserer Heimat mit Deutschland eintreten? Wer diese unsere Tätigkeit als Geheimarbeit bezeichnet will, hat dunkle Pläne zu verborgen.

Die französische Kulturpropaganda an der Saar.

Der Kampf um die deutsche Schule.

Von Richard Posselt.

Überall dort, wo Frankreichs Politik auf den Raub fremden Landes ausgeht, legt es den Hauptwert auf die Verdrängung der dortigen Heimat-, der dortigen Stammeskultur. Wenn niemand bestreiten wird, daß die französische Kultur zu Zeiten am höchsten entwickelt war, daß sie sich die Welt zu erobern anschickte, so ist auf der andern Seite nicht zu bestreiten, daß diese Zeiten längst überwunden sind, daß die Eigenheit der französischen Kultur sich in überspanntestem Militarismus, in hysterischer Selbstüberhöhung, Verflachung des Geisteslebens und sittlicher Entartung, die bis zur moralischen Verkommenheit gesteigert ist, kennzeichnet. Am Rhein, an Ruhr und Saar sind solche Kennzeichen völlig kulturellen Zusammenbruchs tagtäglich an Dugenden von Beweisen feststellbar. Um nur zwei Punkte anzudeuten: Die Verwendung farbiger Truppen zur sittlichen und seelischen Entnerzung der Bevölkerung des von Frankreich vergewaltigten Landes und die Herabwürdigung der Justiz zu einer feilen Dirne, die soweit geht, daß in der ganzen Welt nur eine Meinung über diese Art von sogenannter Justiz besteht, wie sie abseits jeglichen Rechtsempfindens entfernter nicht zu zeiten schlimmster Banditen- und Räuberjustiz gehandelt hat.

Trotzdem wendet Frankreich geradezu phantastisch hohe Summen auf, um für diese Art neuzeitlicher französischer „Kultur“ Propaganda zu machen. Es gibt auf der ganzen Welt wohl kaum ein Flecken Erde, wo französische Groß- und Weltmannsucht nicht versucht, der französischen „Kultur“ Eingang zu verschaffen. Vor allem ist Frankreich bemüht, französische Literatur, von der französischen Tageszeitung angefangen, bis zur Broschüre und zum vornehmsten Bibliotheksband, an den Mann zu bringen und ferner französische Schulen zu errichten. Oft unter den merkwürdigsten Nebenerscheinungen taucht plötzlich da oder dort in der Welt eine französische Schule auf. Besonders eifrig aber ist die französische Schulpropaganda in den Gebieten, wo die Absicht der Annexion, des Raubes oder der schriftweisen Eroberung besteht. Diese französische Schulpropaganda weist eine Spezialabteilung auf, die sich vor allem der Verdrängung des Deutschtums widmet. Es wäre eine dankenswerte Aufgabe unserer deutschen Auslandsvertreter, wie überhaupt aller Deutschen im Auslande, Unterlagen darüber zu sammeln, in welcher Weise, in welchem Umfange und mit welchen Erfolgen diese Art französischer „Kultur“-Propaganda gegen das Deutschum getrieben wird. Wir würden erschreckt sein, wenn wir diese

Zahlen erfähren. Wir würden uns dann allerdings nicht mehr allzusehr darüber wundern, weshalb es Deutschland so außerordentlich schwer wird, wieder Vertrauen im Auslande zu finden; denn auf dem Wege der französischen „Kultur“-Propaganda wird fortgesetzt und mit zunehmender Stärke das Gifft der Verhetzung gegen Deutschland ausgespielt. Wie wirksam diese Propaganda ist, das wissen wir vom Kriege her, aus welcher Zeit uns noch heute die „abgehackten Kinderhände“ in Belgien anhängen.

Im Saargebiet hat diese französische Kulturpropaganda von Anfang an eine Steigerung erfahren, die ohne weiteres auf das politische Endziel hindeutet. Wie auch in den übrigen besetzten Gebieten glaubte man sich keinen Schranken unterwerfen zu müssen. Rücksichtslos schlug man mit dieser Propaganda die Bevölkerung ins Gesicht; in aufreizender Form errichtete man französische Lesehallen und Buchhandlungen, die keinerlei gesetzlichen Vorschriften unterworfen wurden, schuf das berüchtigte französische Propagandaorgan an der Saar, warf in Unmessen französische Zeitungen und Zeitschriften ins Land, überschüttete die Bevölkerung mit Tendenzbrochüren, von denen die „geschichtliche Abhandlung“ des sagenhaften „Professors Wiese über das Saargebiet noch die harmloseste, weil ungeschickteste ist.“

Diese französische „Kultur“-Propaganda im Saargebiet erhielt eine unzulässige, deshalb aber nicht weniger gefährliche Unterstützung durch die Regierungskommission. Obwohl das Saarstatut ausdrücklich die deutsche Schule an der Saar garantiert und die französische Staatschule nur als Nebenanlage der Saargruben für das französische Personal dieser Gruben zulässt, änderte die Saarregierung den Charakter der deutschen Volksschule sehr bald durch Einführung französischen Sprachunterrichts, durch Umgestaltung der Bildungsstätten für den Lehrernachwuchs, durch Neugestaltung des Schulverwaltungs- und -Aufsichtskörpers von Grund aus ab. Die französischen Staatschulen stellte sie rechtlich den deutschen Schulen gleich, gewährte ihnen den gleichen Schutz, verzichtete jedoch auf die Aufsicht über sie, obwohl sie gleichzeitig auf dem Verordnungswege diesen französischen Schulen deutsche Kinder nichtbergmännischen Personals zuführte. Sie verheimlichte mit diesen geheimeberischen Maßnahmen, so schroff sie den vertraglichen Bestimmungen entgegenstehen, also leineswegs, daß sie die heranwachsende saardeutsche Jugend der Beeinflussung durch die französische Staatschule unterwerfen will. Diese Tendenz der Regierungskommission geht so weit, daß sie der französischen Schule Rechte einräumt, wie die der Lehrmittelfreiheit, die sie der deutschen Schule ausdrücklich versagt. Sie macht auch auf dem Schulverordnungswege Propaganda für diese Schule, indem sie z. B. sagt:

„Die (französische) Schule ist eine gesetzlich anerkannte und hat mit der anderen Schule (gemeint ist die deutsche) nichts zu tun.“

Den vertraglichen Bestimmungen entsprechend, hätte sie ausdrücklich sagen müssen:

„Die französische Schule ist nur für Kinder des französischen Personals der Saargruben zugelassen, untersteht direkt dem französischen Staate und genießt im Saargebiet lediglich das Recht der Auslandschulen. Ihr Besuch durch saardeutsche Kinder ist gesetzlich unzulässig.“

Ein anderes: An den deutschen Schulen ist dem unentschuldigten Schulversäumen dadurch ein Riegel vorgeschoben, daß nach erfolgter Verwarnung die Eltern Geldstrafen erhalten und die Kinder polizeilich vorgeführt werden. Laut Verordnung der Regierungskommission vom 1. 2. 1921 betragen die für unentschuldigte Schulversäumnisse festgesetzten Strafen 5–50 Mark (später Franken) oder 1–5 Tage Haft. Diese Verordnung gründet sich auf die auch nach dem Versailler Vertrag im Saargebiet in Kraft stehenden und für alle saarländischen Kinder geltenden schulgesetzlichen Bestimmungen. Trotz dieser klaren Rechtslage hat die Schulabteilung der Regierungskommission schon vor einem Jahre an verschiedene Landräte und Bürgermeister, in deren Amtsbezirken sich französische Schulen befinden, folgende sehr befremdliche Verordnung erlassen:

„Die bestehenden Vorschriften über die Bestrafung unentschuldigter Schulversäumnisse finden für Kinder, die die Dominialschule besuchen, keine Anwendung. Die Verwaltung der Dominialschule wird von hier aus verständigt.“

Welcher Förderung sich die französische Schule durch die Saarregierung zu erfreuen hat geht aus folgender Übersicht über die im Saargebiet bestehenden französischen Schulen

hervor:

Heiligenwald	16 Klassen,	425 Kinder,
Sulzbach	13 "	550 "
Jägersfreude	4 "	100 "
Clarenthal	3 "	65 "
Burbach	5 "	140 "

	7. Klassen	175 Kinder
Dillingen	4 "	220 "
Von der Heydt	2 "	50 "
Saarlovius	6 "	— "
Neunkirchen	8 "	300 "
Büttlingen	— "	56 "
Köllerthal	— "	20 "
		insgesamt 2101 Kinder.

Das sind also in 12 Orten rund 80 Klassen mit etwa 2400 deutschen Kindern. Dabei ist diese Übersicht noch keineswegs erschöpft, da alle an den französischen Schulen Beteiligten größte Zurückhaltung bei Angaben über diese französischen Propagandabetriebe üben. So bestehen z. B. in Elversberg, in St. Ingbert und in anderen Orten des Saargebiets französische Schulen, über die jedoch nähere Angaben nicht bekannt sind, während die obige Übersicht zwar nicht vollständig, aber einwandfrei ist.

Die Frage des Lehrpersonals an den französischen Schulen ist noch ein besonderes Kapitel. Soweit festgestellt werden konnte unterrichten in Heiligenwald 13 saarländische und 3 luxemburgische Lehrer, in Sulzbach 7 saarländische und 6 ausländische (französische bzw. luxemburgische), in Jägersfreude 2 bzw. 2, in Clarenthal 2 bzw. 1, in Burbach 3 bzw. 2, in Neunkirchen 8 deutsche und 5 französische Lehrer.

Die Übernahme von Lehrstellen an den französischen Staatschulen des Saargebiets durch saarländische Lehrer ist in der saarländischen Presse zum Teil scharf kritisiert worden. Diese Kritik ist durchaus verständlich, wenn man berücksichtigt, was der saarländische Lehrerverein seinerzeit in seiner Stellung zu den französischen Schulen im Saargebiet zum Ausdruck gebracht hat: „Die französischen Staatschulen geben den Geist des Staates wieder, dessen Interessen sie zu verfolgen haben.“ Wenn man ferner berücksichtigt, daß in den französischen Staatschulen Lehrbücher zur Verwendung kommen, die alles bisher Dagewesene der Jugendverhetzung gegen Deutschland in den Schatten stellt, so ist es erklärlich, daß die saarländischen Lehrer, die sich den französischen Staatschulen zur Verfügung stellen, in schärfster Weise angegriffen wurden. Auf diese Angriffe haben einige dieser Lehrer wiederholt in der saarländischen Presse geantwortet. Nach ihren Darstellungen haben sie zum großen Teil diese Stellungen erst übernommen, nachdem sie von deutscher Seite dazu veranlaßt wurden. Dabei sei die Auffassung maßgebend gewesen, der französischen Beeinflussung deutscher Kinder durch deutsche Lehrer in französischen Schulen entgegenzutreten. Wenn sie diese Stellung nicht übernommen hätten, wären an ihre Stelle sofort Ausländer, Elsaß-Lothringer, Luxemburger und pernide Überläufer dafür eingestellt worden. In einer dieser Zuschriften wird ausgeführt, daß große Einflüsse am Werk sein müssen, vermutlich auch viel Geld dafür ausgegeben werde, die die Leute bestimmen, ihre Kinder in die französischen Schulen zu schicken. Das Los der deutschen Lehrer an französischen Schulen sei nicht beneidenswert, mit Freuden würden sie aus dem verhaschten Dienst ausscheiden — mit Ausnahme der Heiligenwald — wenn man ihnen Stellen an deutschen Schulen anbiete. Erstens müßten sie es ertragen, daß man sie verachte, zweitens müßten sie Elemente als Kollegen oder gar als Direktoren anerkennen, die sie ansprechen möchten: abgedankte frühere Volksschullehrer oder Überläufer, Fremdlinge mit vielleicht gar keinem Examen oder doch in der Bildung weit unter den saarländischen Lehrern stehend. Ferner müßten sie mit einem Lesebuch arbeiten, das allen Anforderungen eines deutschen Lesebuches Hohn spricht. Von deutschen Klassikern — nichts; dafür Übersetzungen aus dem Französischen in fehlerhaftem Deutsch und tendenziösen Inhalts. Stüde aus Reltor Zimmers „Unsere Heimat im Wandel der Zeiten“ und Professor Ruppertsbergs geschichtlichen Werken in einer Veränderung, die nur zu bezeichnen für die Verfasser des Lesebuches ist. So würden die Ureinwohner des Saargebiets nicht Kelten, sondern Gallier genannt. Als Schülermaterial hätten die französischen Schulen außer den Bergleutekindern den Bodensatz der Bevölkerung, Dissidenten, Kommunisten usw., Schulschwänzer, die drei Monate lang der Schule fernbleiben können, ohne bestraft zu werden.

Wenn darauf hingewiesen wurde, daß diese deutschen Lehrer und Lehrerinnen bei ihren Kollegen und auch bei der Bevölkerung gerade nicht an Ansehen gewonnen haben könnten, so wird dies noch verschärft, wenn man einmal auf die Wirkung hinweist, die sie bei ihren Vorgesetzten selbst finden, die sich zwar ihrer als Mittel bedienen, sie aber in einer untergeordneten Rolle halten. Die leitenden Stellen an den französischen Schulen sind mit Ausländern besetzt. Unter diesen befinden sich besonders viele Luxemburger, von denen behauptet wird, daß sie den Kindern nur ein schlechtes Deutsch und nicht das beste Französisch lehren.

Diese Ausführungen mögen genügen, um die Schulverhältnisse zu kennzeichnen, die die Regierungskommission durch die Förderung der französischen Kulturpropaganda an der Saar geschaffen hat.

Die Ursachen der Wohnungsnot im Saargebiet.

Die Wohnungsverordnung vor dem Landesrat.

Wie wir bereits in unserer letzten Nummer kurz mitteilten, beschäftigte sich der Landesrat in seiner letzten Sitzung mit den Abänderungsvorschlägen der Regierungskommission zu der bestehenden Wohnungsverordnung, die die Wohnungsnot, statt zu lindern, dadurch besonders verschärfe, daß sie das französische Militär und die sonstigen sich im Saargebiet etablierenden Franzosen bei Vergebung von Wohnungen in ganz einseitiger Weise bevorzugte. Die Saarregierung in ihrer alten Zusammensetzung ist also in erster Linie mitschuldig an der Zuspitzung der Verhältnisse auf dem Gebiete des Wohnungswesens. Die Vertreter sämtlicher Fraktionen haben diese Tatsache in ihren Reden aufschärft gerügt. Sie hatten um so mehr Anlaß dazu, als die Antwort der Regierung auf die einzelnen Fragen des vom Landesrat zur Prüfung der Angelegenheit eingezogenen Ausschusses darauf hinzielte, die autage getretenen Unzulänglichkeiten abzuschwächen durch ein mit den Tatsachen nicht in Einklang zu bringendes Zahlenmaterial.

Immerhin sagen auch diese Zahlen genug. So wurden im Jahre 1922 durch die im Saargebiet berüchtigte Wohnungsabteilungskommission an Angehörige des Deutschen Reiches 47 Wohnungen vergeben, während den Angehörigen fremder Länder (fast durchweg Franzosen) 59 Wohnungen zufielen. Die Zahlen für 1923 sind 44 bzw. 54. Schon hieraus erhellt klar und deutlich die Vorzugsstellung der Ausländer. Nach der Statistik der Regierungskommission wurden in der Zeit von 1920 bis 1924 für Militärpersonen, Beamte und Zollbeamte in Saarbrücken 905 Wohnungen mit 3470 Räumen beschlagnahmt, während der Stadt in dieser Zeit 1095 Wohnungen mit 3422 Räumen verblieben. Dabei betrug die Zahl der Wohnungssuchenden im Durchschnitt 20 000 Personen.

Bis zu welchem Grade die Angaben der Regierungskommission den Tatsachen entsprechen, geht am besten aus dem zahlreichen Material hervor, das der Abg. Karius der Versammlung vorlegen konnte. Danach wurden von der französischen Militärverwaltung in der Zeit vom November 1918 bis Mai 1920 581 Wohnungen mit 2365 Räumen und 638 möblierte Zimmer allein im Stadtbezirk Saarbrücken beschlagnahmt. Später sollte ein erheblicher Teil dieser beschlagnahmten Räume wieder zurückgegeben werden. Nach Mitteilung der Regierung hat das Militär 664 Räume noch behalten, während 525 Räume an die französische Bergwerksdirektion überwiesen wurden. Wo die anderen Räume geblieben sind, weiß niemand. Man geht jedoch nicht fehl in der Annahme, daß sich dort die Leute eingenistet haben, die die Aufenthaltserlaubnis im Saargebiet kraft ihrer französischen Geburtsurkunde besitzen. In der Zeit vom 1. Juni 1921 bis 31. Dezember 1922 erhielt das Militär bereits wieder 109 Wohnungen mit 410 Räumen und 30 möblierte Zimmer. Die Direction des mines domaniales beanspruchte vom 1. Januar 1921 bis 31. Dezember 1922 673 Wohnungen mit 3130 Räumen. Außerdem kaufte sie noch 60 Häuser und sieben Hotels. Die Mieter dieser Häuser mußten natürlich ihre Wohnungen räumen. Trotz der mehrfachen Proteste der Stadtverordnetenversammlung und der Stadtverwaltung in Saarbrücken, trotz der Mahnungen des Landesrates gehen diese zwangsweisen Enteignungen, der Raub der Wohnungen der Eingesessenen und ihre Verschiebung an Personen, die im Saargebiet wohl entbehrlich sind oder sich dort sogar vertragswidrig aufzuhalten, weiter.

Nach der Wohnungsverordnung vom Dezember 1922, die jetzt „revidiert“ wird, sollte allerdings eine gewisse „Erleichterung“ für die einheimische Bevölkerung in der Weise eintreten, daß die Zahl der von der Zwangseigentumskommission beanspruchten Wohnungen 50 Prozent der freiwerdenden Wohnungen nicht übersteige. Diese Erleichterung blieb aber auf dem Papier stehen. Die Praxis gestaltete sich wie früher. Ab 7. Februar 1923 behielt nämlich die Enteignungskommission 162 Wohnungen von zwei Zimmern und Küche, während die Stadt Saarbrücken 155 Wohnungen erhielt. Die entsprechenden Ziffern sind bei Wohnungen von drei Zimmern und Küche 160 bzw. 39, vier Zimmern und Küche 131 bzw. 18, fünf Zimmern und Küche 16 bzw. 3, bei möblierten Zimmern 61 bzw. 11. Statt der Erleichterung ist also eine weitere Verschärfung eingetreten. Man kann nachgerade von einer Methode im Enteignungsverfahren sprechen. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Wohnungsnot im Saargebiet nicht nur auf den Krieg zurückzuführen ist, im Verlaufe dessen jede Bautätigkeit unterbunden war, sondern auf die Anwesenheit des französischen Militärs, die Schaffung einer eigenen Saargebietverwaltung, die mit fremden Elementen, besonders Franzosen durchsetzt ist, auf den Übergang der Saargruben in französischen Besitz und die Aufrichtung der Zollgrenze.

Mit Recht wurde betont, daß die Folgen der Wohnungsnot in ihren verheerenden Auswirkungen sich kaum richtig erfassen lassen, da die nötigen amtlichen Unterlagen fehlen. Zweifelsohne besteht aber die Wohnungsnot nicht allein hinsichtlich der fehlenden Häuser und Räume, sondern auch im Hinblick auf die Überfüllung bewohnter Wohnungen. Infolge der seit geraumer Zeit bestehenden Kreditnot, die jedes wirtschaftliche Leben zu ersticken droht, und der damit in Verbindung stehenden hohen Zinssätze ist an Neubauten nicht zu denken, da sich diese nicht rentieren würden. So bleibt die Lage nach wie vor trostlos, zumal die Regierungskommission auch in dem neuen Entwurf der Wohnungsverordnung keinen ernstlichen Versuch macht, zur Beseitigung der herrschenden Zustände beizutragen.

Die Verhandlungen des Landesrats beanspruchten auch noch nach einer anderen Seite weitgehendes Interesse, da durch sie bekannt wurde, wie die Regierungskommission mit Hilfe von Zahlenskizzen Daseinlichkeit und Völkerbund zu täuschen sucht. So hatten die vom Landesrat eingezogenen Kommissionen verschiedene Fragen an die Regierungskommission gerichtet, unter denen sich u. a. auch die befand, wieviel Aufenthaltsgenehmigungen und wieviel Einreisebefreiungen für Angehörige des Deutschen Reiches und für solche anderer Länder erteilt wurden. Die Regierungskommission nannte folgende Zahlen:

Zahl der erteilten dauernden Aufenthaltsgenehmigungen für Angehörige des Deutschen Reiches:

1923 3456 Genehmigungen,
1924 bis 24. 3. 501 Genehmigungen,

desgleichen für Angehörige anderer Länder:

1923 625 Genehmigungen,
1924 61 Genehmigungen,

Einreisebefreiungen für Angehörige des Deutschen Reiches:

1923 92 940 Befreiungen,
1924 bis 24. 3. 24 667 Befreiungen,

desgleichen für Angehörige anderer Länder:

1923 950 Befreiungen,
1924 250 Befreiungen.

Diese Zahlen mußten überraschen. Sie erfuhren aber im Landesrat die notwendige Erläuterung: Die Regierungskommission hatte wieder eines vergessen mitzuteilen: Jeder Deutsche braucht zur Einreise ins Saargebiet einen Sichtvermerk, nicht aber ein Franzose, Engländer, Holländer oder sonst ein Angehöriger eines Staates, der mit Frankreich ein Abkommen getroffen hat auf gegenseitige Aushebung des Passwanges. Wenn also überhaupt ein Ausländer Einreisebefreiungen erteilt worden sind, so beruht das nur auf einem Irrtum. Hätte jeder Ausländer diesen Sichtvermerk haben müssen, dann wäre die Zahl der einreisenden Ausländer viel höher als die der Deutschen.

Ferner ergaben die Ausführungen im Landesrat noch folgende

interessante Einzelheiten,

die vom Abg. Karius mitgeteilt wurden: Als der Kabinettsdirektor Carrière aus dem Dienst der Regierungskommission ausschied, behielt er seine hochherrschende Dienstwohnung in der Alleestraße bei. Die Wohnungen einer Anzahl versetzter Offiziere wurden ohne Wissen des Wohnungsamtes an Unberichtigte abgegeben. Nach den weiteren Mitteilungen des Abg. Karius hat sich der „Chefredakteur“ des „Saarlouis“, Schoettler, ein Junggeselle, in Saarbrücken eine Wohnung von fünf bis sechs Ziimmern einfach angeeignet mit der Begründung, er habe ein „Recht“ dazu. Der „geistige“ Nährvater des SaarSeparatistenblattes scheint sich demnach schon als ausländische „Amit“- und „Respektsperson“ zu fühlen, die nach berühmten Mustern andern Leuten einfach Wohnungen weggestohlen können.

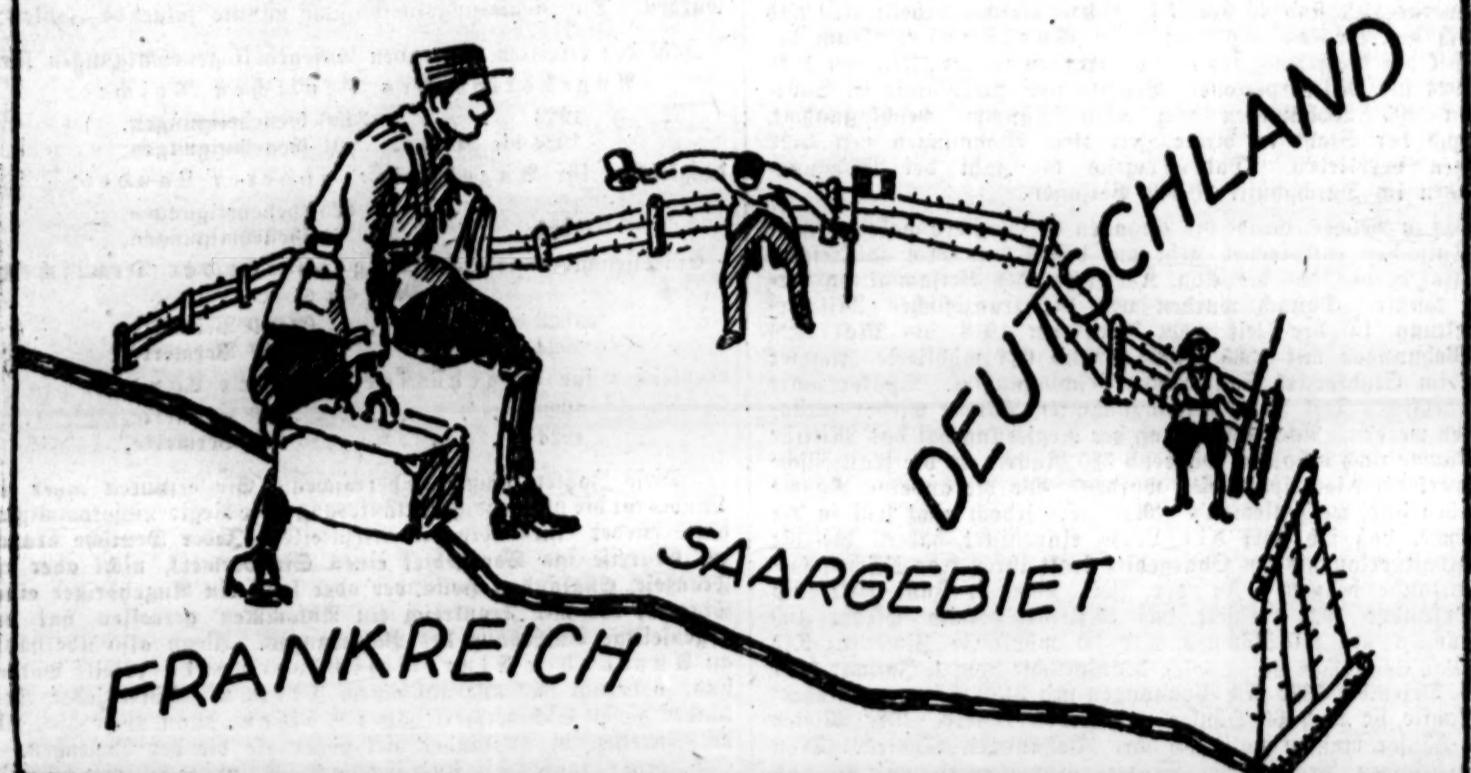
Der Regierungsvertreter, Oberregierungsrat Kuchenbäder, versuchte diese Angaben richtigzustellen, indem er u. a. ausführte: Es sei richtig, daß für Herrn Carrière in seiner Eigenschaft als Direktor der Abteilung des Innern eine Wohnung in der Alleestraße beschlagnahmt worden sei. Diese Wohnung sei aber nach dem Ausscheiden Carrières aus den Diensten der Regierungskommission freigegeben worden. Lediglich aus dem Grunde, daß Carrière einen langfristigen Mietvertrag mit dem Hausbesitzer abgeschlossen habe, sei er noch im Besitz der Wohnung. Was den Fall Schoettler anbetrifft, so bezeichnete es der Regierungsvertreter als unzutreffend, daß dieser Schoettler von der Regierungskommission eine Wohnung erhalten habe

(Zuruf des Abg. Karius: Das habe ich ja gar nicht gesagt!). Herr Kuchenbäcker verlas zum Beweise dessen ein Schreiben an das Städtische Wohnungsamt, in dem die Behauptung Schoettlers, er habe ein Recht auf die Wohnung, als unzutreffend bezeichnet wird. Allerdings habe Herr Schoettler in der Passagestraße eine Wohnung. Zwei Zimmer davon seien gewerbliche Räume, die mit der dazu gehörigen Wohnung „eine Wohnungseinheit“ bildeten. Im übrigen schwebe ein Verfahren vor dem Mieteinigungsamt, dem aber lediglich Streitigkeiten zwischen Mieter und Vermieter zugrunde liegen.

Was von diesen Regierungsdementis zu halten ist, wurde schon in der nächsten Sitzung des Landesrats bewiesen. In dieser Sitzung wurde nämlich durch Vorlage des Mietvertrages im Halle Carrières das Gegenteil von dem bewiesen, was der Regierungsvertreter am Tage vorher „berichtigt“ hatte; es wurde festgestellt, dass Carrière nur einen kurzfristigen Vertrag mit dem Hauswirt abgeschlossen hatte. Ministerialdirektor Kuchenbäcker musste angesichts dieses unanfechtbaren Beweisschlusses zu-

hat man, nach Mitteilung des Abg. Schmelzer, von Seiten der Regierung die Hölle schon recht heiß gemacht, um ihn zu veranlassen, die Wohnung zu räumen. Man hat den Gewerbelehrer wiederholt an die Schulabteilung zitiert und ihm die Räumung der Wohnung nahegelegt, zum Schluss hat man ihm sogar eine Direktstelle an der Gewerbeschule in Völklingen in Aussicht gestellt. Dann hätte man also die erstaunliche Tatsache, dass ein Staatsbeamter zugunsten einer Privatperson seine Wohnung in Saarbrücken räumt, dafür aber in Völklingen eine neue Wohnung beschlagnahmt würde. Es sei festgestellt, dass an diesem Manöver die Schulabteilung mitgewirkt hat, indem sie wiederholt den Lehrer zitiert hat. Es bleibt also feststehend, dass die „gewerblichen Räume“ in der Wohnung des Privatmannes Schoettler als „Geschäftsstelle“ des mit französischem Gelde gespeisten, die landesverrätrischen Absichten der Saar-separatistischen fördernden Saarbundes benutzt werden. So sehen die Dinge in Wirklichkeit aus.

DAS „UNPARTEIISCHE“ REGIMENT DES VÖLKERBUNDES IM SAARGEBIET.



Die Unparteilichkeit der vom Völkerbund eingesetzten Saarregierungskommission erhellt am besten daraus, dass ihr Präsident ein Franzose ist, und der Bevölkerung eine mitbestimmende parlamentarische Vertretung nicht gewährt wird. (Entnommen aus der politischen Bildbroschüre „Was heißt französische Besetzung?“ 81 Zeichnungen von Fritz Schiller — Preis 1,50 Mk. Verlag Bernard & Graefe, Berlin N 4. Wöhlerstraße 12)

geben, dass er nicht richtig unterrichtet worden war, und stellte nähere Prüfung des Falles in Aussicht. Ebenso wenig Glück hatte er mit der „Aufklärung“ des Falles Schoettler. Hierzu hatte Abg. Karius (Zentr.) die Behauptung aufgestellt, dass der Hauptchristleiter des saar-separatistisch-westpropagandistischen „Saarkurier“, Schoettler, ein Junggeselle, sich eigenmächtig in den Besitz einer Sechszimmerwohnung gesetzt habe mit der Begründung, er habe ein „Anrecht“ darauf. Ministerialdirektor Kuchenbäcker glaubt dies dahin bestimmen zu müssen, es sei unzutreffend, dass Schoettler von der Regierungskommission eine Wohnung erhalten habe, was ihm vom Abg. Karius den durchaus berechtigten Zuruf eintrug, dass er dies ja gar nicht behauptet habe. Ministerialdirektor Kuchenbäcker verlas weiterhin in dieser Sache ein Schreiben (von wem? D. Schriftl.) an das Städtische Wohnungsamt Saarbrücken, in dem die Behauptung Schoettlers, er habe ein Recht auf die Wohnung, als unzutreffend bezeichnet wird. Allerdings habe Herr Schoettler in der Passagestraße eine Wohnung. Zwei Zimmer davon seien gewerbliche Räume, die mit der dazu gehörigen Wohnung „eine Wohnungseinheit“ bildeten. Benachbart liegt eine Wohnung von vier Zimmern und Küche, bewohnt von einem Staatsbeamten, einem Gewerbelehrer. Diesem Mann

Zur Sache selbst brachte das Zentrum zu der Wohnungsverordnung der Regierungskommission folgendes Gutachten ein:

„Zu dem Entwurf der Regierungskommission, betreffend Änderung der Verordnung vom 28. Dezember 1922, betreffend die Neuregelung der Bestimmungen über das Wohnungswesen, gibt der Landesrat folgendes Gutachten ab:

1. Durch den Entwurf der Regierungskommission wird das Vorrecht der französischen Grubenverwaltung trotz des Protestes des Landestages bei der letzten Beratung erneut aufrechterhalten. Die Vorrechte der Bergwerksdirektion sind beschränkt auf die Häuser, die ihr durch den Vertrag von Versailles am 10. Januar 1920 übertragen worden sind. Alle später erworbenen Häuser unterliegen der Wohnungsverordnung.
2. Trotz wiederholtem Verlangen des Landesrates hat das französische Militär, die französische Gendarmerie und die französischen Zollbeamten ein Vorrecht auf Wohnungen, dessen Beseitigung der Landesrat in der letzten Sitzung ebenfalls verlangt hat, weil dieses Vorrecht dem Vertrag von Versailles widerspricht.

3. Den Beamten werden unter besonderer Bevorzugung der Ausländer vorzugsweise Wohnungen überwiesen. Dieses Verfahren widerspricht dem Grundsatz der Gleichberechtigung der Saarbevölkerung.

4. Die Regierungskommission hat dem Antrag des Landesrats, bedürftige Mieter und Vermieter zu entschädigen und den Mieterschutz denjenigen zu entziehen, die nicht bedürftig sind, nicht stattgegeben. An diesem Antrag wird erneut festgehalten.

5. Der Forderung auf Bereitstellung von Mitteln zur Errichtung von Neubauten ist nicht wunschgemäß entsprochen worden.

Der Landesrat lehnt daher die Vorlage in der vorgelegten Fassung ab und ersucht, seine Beschlüsse vom 29. April und 2. Mai 1924 in Kraft treten zu lassen."

Die Deutsch-Saarländische Volkspartei schloß sich dem Gutachten an.

Die SPD gab ihrerseits ein Gutachten ab, in dem es u. a. heißt:

„Die sozialdemokratische Fraktion des Landesrats versagt dem Entwurf der Regierungskommission betr. Neuregelung der Bestimmungen über das Wohnungswesen die Zustimmung.“

Der Entwurf hält an den bereits früher von uns abgelehnten Vorrechten der Beamten, der Bergverwaltung und des Militärs fest. Diese Vorrechte entbehren jeder rechtlichen Grundlage und jedes sozialen Bedürfnisses.

Unsere Anträge und Vorschläge dürfen nur die als leistungsfähig bezeichneten Teile der Bevölkerung treffen, eine Auffassung, in der die bürgerlichen Parteien nicht mit uns übereinstimmen.

Der Abbau der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen kann immer nur insoweit erfolgen, als die Wohnungsnot tatsächlich beseitigt ist.“

Ein drittes Gutachten hatten die Haus- und Grundbesitzer eingereicht, in dem sie die von der Regierung vorgelegte Fassung des Gesetzes absolut ablehnten. Das Gutachten, das vom Präsidenten des Landesrats verlesen wurde, trug ganz die Züge der früher bei Herrn Schmoll beliebten Proklamationen und trägt zu einer praktischen Lösung dieser für die Grundbesitzer so außerordentlich wichtigen Fragen aber auch rein gar nichts bei.

Von dem Abg. Karius wurde dann noch ein Antrag in der Frage der Aufwertung eingebracht. In dem Antrag heißt es:

„Der Landesrat wolle beschließen, die Regierungskommission zu ersuchen, demselben möglichst bald eine Vorlage über die Aufwertung von Vermögensanlagen, und zwar der Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden, Reallasten, Pfandbriefe, Rentenbriefe und anderen verzinslichen oder an Stelle der Verzinsung mit einem Aufgeld rückzahlbaren Schuldverschreibungen von Grundkreditanstalten, Guthaben bei öffentlichen oder unter Staatsaufsicht stehenden Sparkassen und Ansprüchen der Versicherten aus Lebensversicherungsverträgen vorzulegen.“

Als Vorbild diene der Regierungskommission die dritte deutsche Steuernotverordnung über die Aufwertung vom 14. 2. 24 (Reichsgesetzblatt Teil I Seite 74). Da es sich bei der Aufwertung teilweise um Anlagen handelt, die unter den Begriff der Sozialversicherung im Sinne des § 24 des Saarstatutes fallen, wird die Regierungskommission ersucht, entsprechend dem § 24 Abs. 2 des Saarstatutes sich mit der deutschen Regierung zur Durchführung einer Aufwertung unverzüglich in Verbindung zu setzen.“

Da es sich bei der angeschnittenen Frage jedoch um eine äußerst vielseitige und schwierige Materie handelt, wurden sich die Fraktionen dahin einig, den Antrag erst in der nächsten Sitzung zu behandeln.

Damit vertagte sich das Haus auf unbestimmte Zeit.

Was im französischen Gelbbuch nicht steht.

Bon Professor Dr. M. P. Nühlmann - Berlin.

In vielen Tausenden ist das recht dielebig geratene französische Gelbbuch von den „Sicherheitsgarantien gegenüber deutschen Angriffen“ in die Welt hinausgegangen und wird namentlich in England und in Amerika nicht ohne Wirkung bleiben. Die französische Presse folgt prompt den Weisungen des Quai d'Orsay; in allen Tonarten wird die rühselige Melodie gesungen: Das freiheitliche, Friedenshungige, edelmütige Frankreich bleibt hilflos dem Zugriff des trotz aller Niederlagen immer noch mächtigen Nachbars im Osten, des von Grund aus militaristischen Deutschlands ausgekehlt, solange sich die Tricolore nicht dauernd in den grünen Fluten des Rheins spiegelt. Es scheint in der Tat, als wenn die Weltmeinung wieder dem großen Gimpelsänger folgen wird. Durch nichts aber wird das hysterische „Sicherheitsgeschrei“ der Franzosen als das enthüllt, was es ist, als imperialistische Mächtiger, als hegemoniales Streben der militaristischen Macht Europas, wenn man die diplomatischen Aktenstücke sich zurechtlegt, die das französische Gelbbuch in fluger Voraußicht weggelassen hat. Vor allem sind es die Sowjet-Beröffentlichungen über den diplomatischen Schriftwechsel zwischen dem zaristischen Rußland und dem republikanischen Frankreich aus den Jahren 1914-1917. Durch sie wird das ureigne, lezte Ziel Frankreichs klar herausgestellt: Der Rhein werde die Ostgrenze Frankreichs. Deutschland muß niedergehalten und wenn möglich vollständig vernichtet werden. Die Waffenstillstandsbedingungen, die Frankreich ohne Vorbehalt unterzeichnete, den Versailler Frieden, dessen Ausgestaltung Frankreich schon wesentlich in seinem Sinne beeinflußte, diese beiden seelichen Versprechen gebenkt Frankreich gar nicht loyal auszuflöhren. Das Versailler Diktat, das an sich schon einen Grausamkeitsvertrag, unerhört und ungeheuer in der Geschichte, darstellt, muß im französischen Sinne „verbessert“ werden, um jenem letzten Ziele der französischen Hegemonialpolitik mit dem Rhein als französischer Ostgrenze nahezukommen. Hören wir die Schriftstücke selbst.

Geheimtelegramm des russischen Botschafters Iwolski an den russischen Außenminister Sasonow.

Bordeaux vom 30. September/18. Oktober 1914, Nr. 497:

„Ich berufe mich auf Ihr Telegramm Nr. 2985. Persönlich. Ich habe Gelegenheit gehabt, persönlich von mir aus mit Delcassé über die in diesem Telegramm aufgeworfene Frage zu sprechen. Indem er vorausschaffte, daß es zurzeit noch zu früh sei, „das Fell des Bären zu verkaufen“ und daß er es bis jetzt vermieden hat, hierüber mit seinen Kollegen zu sprechen, gab Delcassé zu, daß es angebracht wäre, rechtzeitig die gegenseitigen Ansichten und Wünsche der Verbündeten festzustellen. Er ist über-

zeugt, daß hierbei zwischen Rußland, Frankreich und England keinerlei Meinungsverschiedenheiten entstehen können. Er selbst hat sehr oft und unvollkommen offen mit Ihnen gesprochen und hat sich überzeugen können, daß die von Rußland und Frankreich verfolgten Ziele identisch sind. Für sich selbst sucht Frankreich in Europa keinerlei territoriale Erwerbungen, mit Ausnahme natürlich der Rückerstattung Elsaß-Lothringens. In Afrika strebt es ebenfalls zu kleinen neuen Erwerbungen und wird sich damit begnügen, die letzten Reste der Algericas-Alte zu vernichten und einige koloniale Grenzen zu berichtigten. Sobald besteht das hauptsächlichste Ziel Frankreichs — und in dieser Hinsicht sind alle drei verbündeten Mächte durchaus solidarisch — darin, daß das Deutsche Reich vernichtet und die militärische und politische Kraft Preußens soviel wie möglich geschwächt wird. Man muß die Sache so machen, daß die einzelnen deutschen Staaten hieran selbst interessiert sind. Über die Einzelheiten der zukünftigen Gliederung Deutschlands ist es noch zu früh zu sprechen. England wird wahrscheinlich die Wiederherstellung eines unabhängigen Hannover verlangen und diesem wird sich natürlich weder Rußland noch Frankreich widersetzen. Schleswig-Holstein muß an Dänemark kommen, trotz der zweideutigen Haltung der dänischen Regierung. England sucht gleichfalls keine Eroberungen in Europa, wird aber kolonialen Zuwachs auf Kosten Deutschlands verlangen, wogegen Frankreich keine Einwendungen erhebt. Was Rußland anbelangt, so werden seine territorialen Forderungen in allgemeinen Zügen von selbst bestimmt, und selbstverständlich ist Frankreich im voraus damit einverstanden. Außerdem wird Rußland natürlich die Freiheit der türkischen Meerenge verlangen, mit genügenden Garantien, und in dieser Frage ist Rußland eine weitgehende Unterstützung von Seiten Frankreichs zugesichert, welches in dieser Angelegenheit eine für uns nützliche Einwirkung auf England ausüben kann. Fortsetzung folgt.“

Telegramm Iwolski an Sasonow aus Bordeaux vom 30. September/18. Oktober 1914, Nr. 497:

„Fortsetzung. Persönlich. Sehr vertraulich. Hierbei berief sich Delcassé auf die Verhandlungen, die in Petersburg im Jahre 1913 stattgefunden haben, und bat inständig, Ihre Aufmerksamkeit auf die Tatsache zu lenken, daß die Forderungen und Wünsche Frankreichs dieselben geblieben sind, mit Ausnahme des notwendigen Wunsches, die politische und ökonomische Kraft Deutschlands zu vernichten. Die Notwendigkeit dieses Umstandes wird durch die heilige Konjunktur bedingt, ganz besonders in Abhängigkeit der Beteiligung Englands am Kriege, und die französische Regierung besteht auf der Er-

reichung dieses Ziels, in der Annahme, daß dieses nicht nur für Frankreich, sondern auch für die anderen Mächte und sogar für die ganze Welt von gleicher Wichtigkeit ist."

Telegramm Iswolskis an Sasonow aus Bordeaux vom 30. September/13. Oktober 1914, Nr. 498:

"Fortschreibung. Sehr vertraulich. Ich bitte mich dringlich zu benachrichtigen, über welche Geldmittel ich verfügen kann, um die Propaganda für die obenerwähnte Idee zu organisieren. Hierbei halte ich es für meine Pflicht, Ihre Aufmerksamkeit auf den Umstand zu lenken, daß im jetzigen Zeitpunkte dieses einen Entschluß Rumäniens und Italiens zu unserer Gunsten beschleunigen, in Zukunft aber ein bedeutendes Gegengewicht gegen diese beiden Staaten bilden wird."

Die vollkommene Zerschmetterung Deutschlands politisch und wirtschaftlich war schon das Ziel Frankreichs unmittelbar nach der Marne Schlacht 1914. Drei Jahre später lautete dies wesentlich konkreter.

Geheimtelegramm des russischen Außenministers Sasonow an den russischen Botschafter Iswolski in Paris.

Petersburg den 12. Februar 1917.

Nr. 507. Kopie nach London.

Geheim. Auf einer Audienz beim Zaren mache Herr Doumergue dem Kaiser Mitteilung von dem Wunsche Frankreichs, sich nach der Beendigung des jetzigen Krieges die Rückgabe Elsaß-Lothringens und eine besondere Stellung für das Saarbecken zu sichern, ferner die politische Abtrennung der linksrheinischen Gebiete von Deutschland zu erreichen, und diese auf einer besonderen Grundlage zu organisieren, damit der Rhein für die Zukunft eine sichere strategische Grenze gegen einen deutschen Einfall bildet. Doumergue sprach die Hoffnung aus, daß die kaiserliche Regierung sich nicht weigern würde, sofort ihr formelles Einverständnis mit diesen Vorschlägen auszusprechen. Seine Majestät geruhte, sich hiermit prinzipiell einverstanden zu erklären, infolgedessen bat ich Doumergue, sich mit seiner Regierung in Verbindung zu setzen und mir den Entwurf eines Abkommens mitzuteilen, das durch einen Notenwechsel zwischen dem französischen Botschafter und mir formell vollzogen werden könnte. Indem wir auf diese Weise den Wünschen unseres Bundesgenossen entgegenkommen, halte ich es dennoch für meine Pflicht, an den Standpunkt zu erinnern, den die kaiserliche Regierung im Telegramm vom 9. März 1916, Nr. 948, eingenommen hat: "Dah, indem wir Frankreich und England volle Freiheit in der Bestimmung der westlichen Grenzen Deutschlands überlassen, wir unsererseits damit rechnen, daß unsere Verbündeten ihrerseits uns die gleiche Freiheit in unseren Grenzregulierungen mit Deutschland und Österreich-Ungarn einräumen." Daher gibt uns der bevorstehende Notenaustausch über die von Doumergue angeregte Frage Anlaß, die französische Regierung zu bitten, uns gleichzeitig ihr Einverständnis damit zu bestätigen, daß sie Rußland in der Sache der Bestimmung seiner zukünftigen westlichen Grenzen volle Handlungsfreiheit läßt. Genaue Angaben zu dieser Frage werden wir seinerzeit dem Pariser Kabinett mitteilen. Außerdem halten wir es für notwendig, einen Vorbehalt zu machen bezüglich des Einverständnisses Frankreichs zu der Abschaffung des auf den Aalandsinseln ruhenden Servituts nach Beendigung des Krieges. Wollen Sie sich bitte im oben angeführten Sinne mit Briand aussprechen und mir die Ergebnisse telegraphisch mitteilen.

Bolkowsky.

(Iswestija vom 23. November 1917.)
Geheimtelegramm des Botschafters in Paris.
13. Februar 1917. Nr. 88.

Kopie nach London.

Ich nehme Bezug auf Ihr Telegramm. Nr. 507.

Geheim. Ich habe eben schriftlich dessen Inhalt Briand mitgeteilt, der mir sagte, daß er nicht versehen würde, mir die offizielle Antwort der französischen Regierung zu übermitteln, daß er aber schon jetzt in seinem eigenen Namen mir erklären könne, daß die in Ihrem Telegramm ausgesprochenen Wünsche auf keine Schwierigkeiten stoßen werden.

(Iswestija vom 23. November 1917.)

Abschrift der Note des Ministers des Auswärtigen vom 14. Februar 1917 unter Nr. 26 an den französischen Botschafter in Petersburg.

In der Note vom heutigen Tage waren Euer Exzellenz so freundlich, der kaiserlichen Regierung mitzuteilen, daß die Regierung der Republik beabsichtige, unter die Friedensbedingungen, welche Deutschland vorgeschlagen werden sollen, folgende Forderungen und Garantien territorialer Natur aufzunehmen:

1. Elsaß-Lothringen wird an Frankreich zurückgegeben.
2. Die Grenzen (dieses Gebietes) werden mindestens bis zum Umfang des früheren Herzogtums Lothringen ausgedehnt und sind nach den Wünschen der französischen Regierung festzulegen, wobei die strategischen Notwendigkeiten berücksichtigt werden müssen, damit auch das ganze Eisenrevier Lothringens und das ganze Kohlenbeden des Saarreviers dem französischen Territorium einverlebt wird.
3. Die übrigen linksrheinischen Gebiete, die jetzt zum Bestande des Deutschen Reiches gehören, sollen von Deutschland ganz abgetrennt und von jeder politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit von Deutschland befreit werden.
4. Die linksrheinischen Gebiete, die dem Bestand des französischen Territoriums nicht einverlebt werden, sollen ein autonomes und neutrales Staatswesen bilden und solange von französischen Truppen besetzt bleiben, bis die feindlichen Reiche endgültig alle Bedingungen und Garantien erfüllt haben werden, die im Friedensvertrage angeführt sein werden.

Euer Exzellenz erklärten mir, daß die Regierung der Republik glücklich wäre, die Möglichkeit zu haben, auf die Unterstützung der kaiserlichen Regierung bei der Durchführung ihrer Absichten rechnen zu können. Auf Befehl Seiner kaiserlichen Majestät, meines erlauchten Gebietes, habe ich die Ehre, im Namen der russischen Regierung auf die gegenwärtige Note Euer Exzellenz zu erklären, daß die Regierung der Republik auf die Unterstützung der kaiserlichen Regierung bei der Durchführung ihrer oben dargelegten Absichten rechnen kann.

Genehmigen Sie usw.

(Iswestija vom 23. November 1917.)

Den Unterschied zwischen französischer Geheimdiplomatie und den für die Weltöffentlichkeit bestimmten Ausführungen beleuchtet das fast gleichzeitig (12. Januar 1917) erfolgte Interview, das Poincaré dem amerikanischen Journalisten Edward Marshall gab:

"Ihr großes Land versteht gewiß, daß wir nicht nur für unsere Unabhängigkeit und unsere nationale Ehre kämpfen, sondern auch für eine weit allgemeinere Sache, die die Grenzen unseres eigenen Interesses überschreitet: wir kämpfen für das Recht der Individuen und die Freiheit der Völker..."

Im Bewußtsein für die Menschheit zu kämpfen, haben wir nicht das Recht, die Waffen niederzulegen, bevor wir einen wahren, menschlichen Frieden unterzeichnen können, d. h. einen Frieden, der auf Grundsätzen aufgebaut ist, die ihn wirklich lebensfähig machen und mit den Rechten der Völker übereinstimmen müssen, einen Frieden, der der Welt die Wiederkehr einer solchen Katastrophe erspart."

Wird die Weltmeinung nach Kenntnis dieser Dokumente noch an das übliche französische Rattenfängermauerlein glauben? Der große Rattenfänger Raymond Poincaré hat vielleicht doch zu lange schon sein lockendes Bied geblasen, als daß es noch wirksam wäre.

*

Und für das Saargebiet ergibt sich die besondere Frage: Wie lange glauben die mit französischen Geldern gespeisten (siehe obiges Telegramm Nr. 498) "Saarbündler" zur nachträglichen Erreichung des französischen Kriegsziels (siehe Telegramm 497, 507 und Note Nr. 26) ihr Verräterspiel noch unter der scheinheiligen Maske „Das Saarland den Saarländern“ fortsetzen zu können?

Einreiseverweigerung für den Reichstagsabgeordneten Sollmann für das Saargebiet.

Die Regierungskommission für das Saargebiet hat dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Sollmann die Einreisegenehmigung für das Saargebiet nicht erteilt. Sollmann sollte am 24. Mai auf der saarländischen Haupttagung der Sozialdemokratie des Saargebiets ein Referat halten, bei dem, wie der Regierungskommission ausdrücklich erklärt worden ist, saarländische Fragen nicht behandelt werden sollten. Wenn man auf der anderen Seite berücksichtigt, daß die Regierungskommission der Einreise französischer Minister, Politiker und Journalisten nicht die geringsten Schwierigkeiten bereitet, so wird mit der Einreiseverweigerung für Sollmann erneut die „Unparteilichkeit“ der Regierungskommission in das richtige Licht gesetzt.

Kapital- und Kreditnot als Folgen französischer Wirtschafts- und Währungspolitik.

Die Saargenossenschaftsbank (Gersweiler Sparasse) Gersweiler-Saarbrücken berichtet in ihrem Geschäftsbericht für 1923 bei Besprechung der wachsenden Kapital- und Kreditnot im Saargebiet die französische Wirtschafts- und Währungspolitik an der Saar. Der Bericht sagt darüber folgendes:

Das Jahr 1923 hat in der Finanz- und Wirtschaftsgeschichte des Saargebietes durch die von seiner Regierungskommission gesetzlich angeordnete Währungsumstellung aus der deutschen Mark in den französischen Franken ein besonderes Gepräge erhalten. Wenn auch nicht verkannt werden darf, daß das Saargebiet von der katastrophalen Marktentwertung im letzten Halbjahr 1923 nicht mehr in gleichem Maße in Mitleidenschaft gezogen wurde und manche Werte erhalten werden konnten, so ist andererseits doch die Absperzung des Gebietes von der Diskont- und Notenbank der französischen Währung, das Kapitalausführverbot aus Frankreich, die Abwanderung der Bergwerksüberschüsse und anderer im Saargebiet produzierten Kapitalien nach Frankreich ohne entsprechende Gegenleistung, die Ursache, daß die Kapital- und Kreditnot, namentlich in den nicht großindustriellen Wirtschafts- und Bevölkerungskreisen, so außerordentlich gefahrdrohende Formen angenommen hat. Hierdurch muß zurzeit das Urteil über den Erfolg der Währungsumstellung verdunkelt werden, wenn nicht diejenigen Recht behalten sollen, die diese Maßnahmen oder Hindernisse der Auswirkung der Währungsänderung auf politische Gründe zurückzuführen. Wir glauben uns als größte Genossenschaftsbank des Saargebietes, als Vertreter der uns und den andern gewerblichen Kreditgenossenschaften angeschlossenen gewerblichen, klein- und mittelindustriellen Handwerker-, landwirtschaftlichen und werktätigen Bevölkerungskreise zu diesen Ausführungen und Mahnungen berechtigt, um so mehr, als unsere Bilanz für 1923 zeigt, daß wir treu unserem seit fast 30 Jahren durchgeführten Programm auch aus eigener Kraft ohne offizielle Hilfe auf Grund der genossenschaftlichen Selbsthilfeorganisation der Vermittler des Anlage suchenden Kapitals und der produzierenden Wirtschaft im Saargebiet geblieben sind. Wenn dies nicht in dem Umfange, wie wir dies wünschten, möglich war, so trägt außer den vorerwähnten Ursachen die sehr langsame Neubildung des Sparkapitals daran die Schuld.

Also trog sehr vorsichtiger kritischer Beurteilung der Kapital- und Wirtschaftslage an der Saar kommt der Geschäftsbericht der Bank rein zahlenmäßig auf Grund einfacher wirtschaftlicher Folgerungen zu einer Beurteilung der französischen Währungspolitik.

Wie diese Kreditnot aber noch außerdem von französischer Seite systematisch verschärft wird, darüber liefert die „Saarbrücker Zeitung“ einen bezeichnenden Beweis. Das Blatt schreibt unter der Überschrift: „Wie die französisch-saarländische Handelskammer die saarländischen Wirtschaftsinteressen fördert!“

In Saarbrücken befindet sich bekanntlich eine „französisch-saarländische Handelskammer“, die den saarländischen Firmen dadurch „schmackhaft“ gemacht wurde, daß durch ihre Vermittlung die Annahme französischer Wirtschaftsbeziehungen angeblich erleichtert werden sollte. Wir wissen auch, daß sich diese „Handelskammer“ von gewisser Seite einer Förderung zu erfreuen hat, die sich darin dokumentiert, daß man es ihr erleichtert, sich immer mehr in unser Wirtschaftsleben einzuschieben. Wie diese Handelskammer aber ihre Aufgabe, das saarländische Wirtschaftsleben zu fördern, auffaßt, dafür finden wir einen bezeichnenden Beweis im „Moniteur officiel des Commerce et de l'Industrie“. In dieser vom französischen Handelsministerium amtlich herausgegebenen Zeitschrift ist in der Nummer 78 vom 23. April d. J. ein längerer Bericht über das Saargebiet und die dem französischen Handel sich hier bietenden Absatzmöglichkeiten veröffentlicht. Darin heißt es u. a.:

„Da der Frank die gesetzliche Währung ist und französische Ereignisse zollfrei in das Saargebiet eingehen, sind hier die Lebenskosten von denjenigen in Elsaß-Lothringen nur wenig unterschieden. Es ist jedoch am Platze, mit der Gewährung von Krediten sehr vorsichtig zu sein. Das Saargebiet hat in dieser Hinsicht eine durch die Nichtvalorisierung der früheren Marktguthaben begründete heftige Krisis zu überstehen und es ist nicht selten, daß erstklassige Firmen Wechsel valeurs unbezahlbar zurückgehen lassen, ohne daß es sich hierbei um im Grunde genommen schlechte Firmen handelt.“

(Communication de la Chambre de Commerce franco-sarraise, Sarrebrück.)

Diese Warnung vor der Kreditgewährung an saarländische Firmen, die nach uns zugegangenen Nachrichten von der französisch-saarländischen Handelskammer auch direkt an elsässisch-lothringische Geschäftskreise gerichtet worden ist, zur Kenntnis der hiesigen Geschäftskreise zu bringen, hielten wir für unsere Pflicht, damit diese Kreise sich ein Bild davon machen können, welche „Stütze“ sie an der französisch-saarländischen Handelskammer haben. Nach solchen Warnungen braucht man sich nicht darüber zu wundern, wenn die Kreditnot, die ohnedies schon scharf genug ist, noch mehr verschärft wird. Ob die saarländischen Firmen, die sich dazu bereit finden ließen, die Mitgliedschaft bei dieser Kammer zu erwerben und nicht unerhebliche Beiträge zu ihrer Unterhaltung zu leisten, mit einer solchen „Förderung“ ihrer Interessen einverstanden sind, darf billig bezweifelt werden.

Die Rückwirkungen der Franken-Schwankungen auf die Saarindustrie.

Zunehmende Absatzschwierigkeiten, zu hohe Gestaltungskosten. — Arbeitserlassungen.

In unserer Nummer 7 hatten wir auf die Rückwirkungen der Schwankungen des Frankenrates hingewiesen und angedeutet, daß sich die kritische Lage in der Saarindustrie infolge der Frankeninflation verschärfen müßte, so daß daraus Hemmungen in der ungestörten Fortführung der Betriebe, vornehmlich solcher, die auf die Ausfuhr angewiesen und daher von den Weltmarktpreisen abhängig sind, zu befürchten standen. Diese Befürchtungen beginnen sich jetzt leider zu bewahrheiten. Die Vereinigten Vopeliuschen und Wenzelschen Glashütten haben zum Ausgang des Monats Mai ungefähr 850 Arbeitern gekündigt, da es nach ihren Angaben unmöglich sei, bei den heutigen Kohlenpreisen die Arbeit und den Betrieb aufrechtzuerhalten. Sie erklären, daß an eine Fortführung des Betriebes nur zu denken wäre, wenn die Kohlenpreise um 25–30 Prozent ermäßigt und Berringerung der Löhne um etwa 20 Prozent eintreten würde. Die Unrentabilität der Betriebe ist, wie ausdrücklich erklärt wird, auf die erheblichen Schwankungen des Franken zurückzuführen, dessen plötzliche Besserung in ganz Frankreich starke Absatzsteigerungen verursacht hat. An eine Fortführung des Betriebes kann erst gedacht werden, wenn die Herstellungskosten zu den Verkaufspreisen in ein erträgliches Verhältnis gebracht werden können. Die schwierigen Verhältnisse machen sich übrigens nicht nur für die saarländische Glasindustrie geltend, denn auch die großen belgischen Glashütten befinden sich in derselben prekären Lage, so daß sie eine 30prozentige Lohnermäßigung als Vorbedingung erklärt haben, wenn sie ihre Betriebe über den 30. Mai hinaus aufrecht erhalten sollen.

Uebrigens sollen die Löhne nicht die größten Schwierigkeiten bereiten, nachdem sich die Arbeiter zur Vermeidung einer allgemeinen Betriebsstilllegung zur Herabsetzung der Löhne in einem angemessenen Umfange bereit erklärt haben sollen. In erster Linie sind es die unangemessenen hohen Kohlenpreise der französischen Bergwerksdirektion, die ein Konkurrenzieren der Saarindustrie auf dem Weltmarkt unmöglich machen — vielleicht ist das auch Absicht. — Auch aus der Eisenindustrie kommen Melddungen über Arbeiterkündigungen. So wird gemeldet, daß auf den Röcklingschen Eisen- und Stahlwerken in Völklingen zum 15. Mai 350 Arbeiter die Kündigung erhalten haben. Hierzu kommt noch der normale Abgang von 150 Leuten, der besonders im Frühjahr stark zu sein pflegt, weil eine Anzahl der Leute sich mehr wieder der landwirtschaftlichen Arbeit zuwendet. Ohne diesen Abgang wäre der Umfang der Kündigung noch größer gewesen. Das Werk verringert also zum 15. d. Mts. seine Belegschaft um rund 500 Mann. Gewiß kein günstiges Zeichen für die wirtschaftliche Lage im Saargebiet. Auch hier wird das Misverhältnis zwischen Gestaltungskosten und den erzielbaren Verkaufspreisen als Grund der Betriebseinschränkung bezeichnet. Zwischen dem Werke und den Gewerkschaften schwelen bereits Verhandlungen.

Altsaarbrücker Originale.

Sie sind ausgestorben: Das Zeitalter der Dutzendmenschen mit der steigenden Unzufriedenheit und Unzufriedenheit hatte ebensoviel Raum mehr für sie, wie für die alten Tanten und Großmütterchen, die früher in jedem Altsaarbrücker Haushalt, in ihrem so wunderbar anheimelnden, mit allerlei Andenken und Urwüchsen ausgestatteten Stübchen, von allen Familienmitgliedern verhüllt und gehegt, ihre Tage verbracht. Dort, wo Rosen und Lebkuchen vor blinkenden Dachfensterchen prangten, lag sicher so ein liebes Tantchen oder Großmütterchen, stets bereit, dem von Vatern bezüglich des Sonntagsgeldes mit einem Fünf-groschenstück ausgestatteten Sohn, ihrem Enkel oder Neffen, heimlich noch ein weiteres in die stets begehrlich-dankbare Hand zu drücken. Und wenn Tantchen, teils um ihre Zeit auszufüllen, teils auch aus Gefälligkeit, bei einer besuchten Familie von ihren in der Jugend erworbenen Fähigkeiten als „Näderisch“ Gebrauch machte, dann war auch das für deren Kinder ein Fest und für die Hausfrau Anlaß zu der tagelang andauernden lorgenvollen Frage: „Was koste mir dann nure, was koste mir nure?“ und der stets, wider besseres Wissen, aber aus dem Drang, vor ihrem Manne die Mehrausgaben für den Festtagstisch zu beschönigen, aufgestellten Behauptung: „Sie is e bisje häkel (heikel) un mir kann r doch nit grad alles vorzeke!“ Und Tantchen war doch so beschlichen in ihren Ansprüchen und wenn sie kam, wehrte sie schon am Morgen: „Awret daß er nure nix Extranes koste, weje mir! — Mache um Gotteswillen eich kunn Umstänn!“

Diese Tantchen, diese Originale gibts nicht mehr! Heute muß jedes Mädchen in die Fabrik, oder an die Schreibmaschine; obwohl mich ein sechzigjähriges Tantchen, das „nähen geht“, tausendmal mehr anheimelt wie eine dreihundertjährige Lippmamie, deren Ansporn zur Arbeit nicht warme Freundschaft und Liebe, sondern einzig der schrille Ton der Fabrikpfeife ist. Ebenso beschließen in ihren Ansprüchen wie Tanten und Großmütter ans Leben, waren die anderen Originale des alten Saarbrücker. Sie waren durch die Bank Stiefkinder des Glücks, aber „alte Hiesige“ (nicht Alldahiesige, ein Wort, das „Allda“ heißt, kennt kein „alder Hiesiger“), und das war ihr Stolz, und keine größere Schmach konnte man ihnen antun, als ihre Zugehörigkeit zu den ältesten Hiesigen anzuzweifeln. Und zu leben hatten sie bei ihrer Bedürfnislosigkeit immer: in einem so sauberen, von blühenden Gärten und fruchtbaren Ackerland umgebenen Städtchen, in dem jeder Bürger des Sonntags sein Huhn im Topf hatte, wenn, ja wenn! Und so hätten auch sie ein beschauliches Dasein führen können, der „Denigspeter“, die „Eiermus“ und's „Zeijje“, das taub, einem in wunderbarer Weise die Worte vom Munde ablesen konnte, „Gelle Ratt“, „Haldys Dotsch“, die „Kuttsleibung“, der „Napolion“, mit martialischem Schnauz- und Spitzbart, das „Guzje“ das als letztes Überbleibsel vergangener Zeiten bis in unsere Tage sich hinübergetragen hat, und, wie sie sonst alle geheißen haben mögen, wenn wir „Saarbrücker Buwe“ nicht gewesen wären.

Und dann auch unsere Schuhleute von „anno dozemol“: der „Witschge“, der „Burgardt“ hier; der „Margardt“ und der „Leibbüchler“ in St. Johann, welche vier die ganze heilige Hermandad verkörpern und beide Städte in Schach und Wann hielten und alle selbst wieder Originale für sich bildeten. Mager wie ein Rechenstiel und dünn wie ein Abreißkalender am Silvester kamen sie her, aber als Walzen rund und seit füllten sie kurze Zeit später ihren Dienst aus. O gutes altes Saarbrücker Bier! Auch du warst originell, wer dich genoß, sparte am Essen und wurde dick und seit dabei, besonders wenn die Biergroschen aus den Taschen der allzeit gebefreudigen Bürger flossen. Und wenn dann die „Saarbrücker Buwe“ beim Reisenlaufen durch alle Straßen und Gassen, die ihnen, nicht den Automobilisten gehörten, oder beim „Hussau“ oder „Gliderespiel“ eines jener Originale anseht wurden und seinen Spitznamen zufendantohlend in hellen Scharren hinter ihm herriesen, dann war's um es geschehn: Der Not gehorchnend, nicht dem eignen Triebe, kam sicher eine jener Walzen schnauzend und pustend an, und ihr Ruf: „Bringt mir mal den Kerl her, dann werd ich ihn bald haben!“ brachte eine neue Note in die an sich schon anregende Unterhaltung. Der arme Kerl, der an sich gar nichts verbrochen hatte, wanderte ins „Kittchen“. Noch heute sehe ich des „Denigspeter“ Mutter, ein sauberes altes Weibchen, mit der unvermeidlichen sogenannten Schlafhaube, das Vorrecht alter Frauen, auf dem Kopf, mit einer Glasche Wasser im Arm, geniert und geschlagen, wenn ihr Fleck, der „Denigspeter“, im Kittchen lag, um Polizeiamt laufen, bittend und bettelnd, daß man ihm doch das Wasser gebe, da er nichts stets so an Durst litt. — — —

C. Schumann in der Saarbr. Ztg.

Sprichwörter in unserer Mundart.

Von Studienrat E. D. Saarbrücker in der „Saarbr. Ztg.“

Die Sprichwörter nennt Herder den Spiegel der Denkart eines Volkes; sie enthüllen den Volkscharakter mehr als lange Erzählungen. Unsere deutschen Sittensprüche insbesondere, sagt er, stellen einen Schatz reiner Lehren dar, die in wenig Worten gediegene Gold bieten. Diesen Goldschatz des deutschen Volkes zu mehren, ist auch unsere Mundart zu ihrem Teil berufen. Viel wertvolles Gut haben ehrige Hände schon gehoben, aber auch so manches kostbare Stück mag noch unbekannt im Verborgenen ruhen; wer dazu in der Lage ist, möge doch dazu helfen, einen Schatz zu mehren, den kein Rost verzehrt und kein Feind uns rauben kann. Allen Saarbrückern, die ihre angestammte Mundart lieben, zur Freude sei das bisher gebotene Gut im folgenden unterbreitet; in seiner erfreulich reichen Fülle birgt sich mancher wertvolle Fund.

1. 's isch le Wasser so hell, 's wird als emol trieb.
2. Die Kuh hat vier Fiech un tret als emol fehl.
3. Wer die Geissel hat, der knallt.
4. Wer 's Kreis hat, der segnet sich.
5. Wer's lang hat, lägt's lang hännge.
6. Wer nig aus sich macht, wird ausgelacht.
7. Der Wolf verliert sei Hoor, awer sei Raube¹⁾ nit.
8. Kläne Krotte han s meist Gif.
9. 's heißt le Kuh Bläß, außer se hat e weiss Härche.
10. Schlopp am Zopp, Zoddel²⁾ am Rock.
11. Besser e Bloch³⁾ wie e Loch.
12. Aus der Leier gebbt's e Weiber⁴⁾.
13. Zu wenig un zu viel verhängelt⁵⁾ alles Spiel.
14. Was dem äne sei Brot, isch dem annere sei Tod.
15. 's isch nix ejö schlumm, 's isch for ebbe gutt.
16. En aldi Scheiter brennt lichterloh.
17. E blöndi Sau finnt auch als emol en Eichel.
18. Zu viel verreicht de Sac.
19. Wann der Sac voll isch, muß mr ne zubinne.
20. Mit de Leit schwächt mr, un mit de Ochse fahrt mr.
21. Un wammer alt wird wie e Kuh, muß mr lerne immerzu.
22. Was mer nit im Kopp hat, muß mr in de Fiech han.
23. Kurze Hoor sin schnell gebirscht.
24. Samshdahs gehn nure die Grindkapp meye⁶⁾.
25. Hingerschläng Glick isch meh wert wie armslang Verstand.
26. Wie der Herr, so 's Gescherr.
27. 's isch ähn Duhn,⁷⁾ ob der Wolf das Schopf dod heißt oder dod lekt.
28. Dred macht Spec.
29. Wammer am Dred ruddelt, da stinkt er.
30. 's isch nit genunk, daß mr saht, mr geiht⁸⁾, 's muß auch gefingert werre.
31. Wer sich wäz ze schide, brauch sich nit ze bide.
32. Wer geht noh Meg, verliert sei Bläß.
33. Wammer dem Maul anbiert, dann freht's.
34. Kupper Geld, Kupper Seelengeh.
35. Besser schlecht gefahr als wie gutt gang.
36. Der Letscht kriet die bescht Quetsch.
37. Wer waarte kann, kriet auch e Mann; wer Gott vertraut, kriet auch e Braut.
38. Zu gutt isch Innerleits Narr.
39. Besser e halb Et als wie e leeri Schal.
40. Rose Hoor un Ellereholz⁹⁾ wachsen uf senem gudde Boddem.
41. Besser geleiert¹⁰⁾ wie gefeiert.
42. Wann der Dred¹¹⁾ je Mischt wird, will er gefahr sin.
43. Wer nit kommt zu rechter Zeit, der muß esse, was iwig bleibt.
44. Was mr sich abspart am Mund, das freht entweder Kat oder Hund.
45. Gezwungeheit tut Gott leid.
46. Besser e gedeilt Mahl wie e gemangeltes.
47. Was der Mutter ans Herz geht, geht dem Vatter nur bis ans Knie.
48. E Treppche¹²⁾ tieret e Nederche.
49. Wammer alles wiht, wär mr ball reich.
50. Wann elles nit fischhalle, lägt's zwelft nit los (d. h. jedes Beginnen stößt auf zahlreiche Hindernisse).
51. Wer brucht¹³⁾ an der Schüssel, demm schad'l am Nissel.

Diese Sprichwörter, die zumeist aus der Familie des Einsenders stammen, sind zum großen Teil noch nicht im Saarbrücker Wörterbuch enthalten. Durch Nachforschungen in anderen alteingesessenen Familien wird sich ihre Zahl wohl noch erheblich vermehren lassen. Also ans Werk, verehrte Freunde der Saarbrücker Mundart!

¹⁾ Hinterhältigkeit, ²⁾ Fehen, ³⁾ Glücken, ⁴⁾ Uebertreibene Lust endet mit Leid, ⁵⁾ verdickt, ⁶⁾ am Brunnen oder im Nachbarhaus plaudern, ⁷⁾ es ist einerlos, ⁸⁾ geht, ⁹⁾ Erlen, ¹⁰⁾ geringe Tätigkeit, ¹¹⁾ Kuhdross, ¹²⁾ Treppchen, ¹³⁾ mault.

Marie Hart †.

Die politische Bedeutung ihres Lebenswerkes.

Von Dr. Karl Brill (früher Straßburg i. Els.).

Am 3. Mai haben die im Reiche lebenden Elsässer ihrer Marie Hart das letzte Geleit gegeben. Im württembergischen Liebenzell, nicht in der geliebten elsässischen Erde wird sie von einem langen, arbeitsreichen Leben ausruhen. Buchswaile, das unterelsässische Landstädtchen, dessen Leben und Treiben und dessen Menschen sie in ihren Schriften immer und immer wieder geschildert hat, ist um die Ehre gekommen, dieser treuesten und elsässischsten Tochter des elsässischen Bodens die Stätte ihrer letzten Ruhe zu gewähren. Sie hat mit so vielen und vielem Deutschen das Los geteilt; im „befreiten“ Elsass war kein Platz für sie.

Als Dialektdichterin hat die Verstorbene keinen Vergleich zu scheuen. Unübertraffen, ja unerreicht ist sie in der Kleinmalerei des elsässischen Alltags; wenn man sie „den elsässischen Fritz Reuter“ genannt hat, so war das noch nicht genug Lob. Wie wußte sie mit wenigen Strichen, ja oft mit einem einzigen Worte einen Menschen und eine Stimmung zu charakterisieren! Wie lebendig stehen die Leute vor uns, die sie uns gemalt hat, daß wir sie lebhaftig vor uns zu sehen glauben: diese Vertreter des ehesten elsässischen Lebens, diese liebenswürdigen Menschen, die Familie Redslob aus der „Franzosezeit“ etwa oder der „Herr Merkling“ und seine verschiedenartigen Töchter!

Die lyrische Begabung haben uns vor allem die heimweh schweren Gedichte ihres letzten Buches („Erinnerungsland“) recht erkennen lassen, etwa das stimmungsvolle Gedicht an die Vogesen oder das Lied auf ihre verlorene Heimat mit den Schlussworten:

„... Us em ganze, großen Erdball
Un im Himmel noch d'rzue
Ich m'r niz ans Herz gewachse,
Ich m'r niz su lieb wie Due!“

Marie Hart, die schlichte, stille, gütige Frau, ist nie eigentlich politisch hervorgetreten, und wenn ihr gelegentlich von französischer Seite Tendenz vorgeworfen worden ist, so war das gewiß nur in dem Sinne richtig, daß all ihr Dichten und Wesen das heuchlerisch-Verlogene der wohlgeflegten Legende vom „urfranzösischen Elsass“ rein durch die Wucht der geschilderten Verhältnisse und Tatsachen enthüllte. Tendenziös ist keines von Marie Harts Büchern, auch das erste ihrer beiden Nachkriegsbücher nicht, das auch im Titel an Reuter erinnert: „Us unserer Franzosezeit“. Aber gerade bei diesem Buche ist es vollauf verständlich, daß ihm die Franzosen mit den schärfsten Verbote zu Leibe gegangen sind. Es zeichnet die „Befreiung“ des Elsasses, wie sie über unsere Heimat im November 1918 hereingebrochen ist, und die heiße Ironisierung der hohen, unwahren Phrasen, mit denen hier ein schmückiges Geschäft verdeckt worden ist, und die brutale Gewalt, mit der ein ganzes Volk in Ausnutzung augenblicklicher Verwirrung und Hilflosigkeit um sein Selbstbestimmungsrecht betrogen worden ist, sind mit Lebenswahrheit vor uns gestellt. Dies Dokument schaffen die geschwätzigen Worte des Herrn Poincaré so wenig aus der Welt, wie die Ausbrüche ohnmächtigen Hasses einzelner Französlinge es verhindern könnten, daß die außer Landes Getriebene dem Herzen jeden echten heimatstolzen Elsässers lieb und wert geblieben ist!

Marie Harts Schriften (die übrigens alle bei Greiner u. Pfeiffer in Stuttgart erschienen sind) geben in ihrer Gesamtheit ein Bild elsässischer Eigenart, das alle Züge aufweist und keinen gering schätzt. Da ist nichts verschwiegen, was häßlich ist, und da ist nichts überschwänglich gelobt, was nun einmal nicht lobenswert ist. Aber diese Menschen sind wahr und leben! Und das Elsass erblickt sich hier wie in einem Spiegel. In den „G'schichtl un Erinnerungen us de sechziger Jahr“ haben wir das Elsass vor uns, wie es kurz vor 1870 war; der „Herr Merkling un sitt Deechter“ führt in die seelischen Nöte der französisch aufgewachsenen Elsässer ein, die sich in die neue deutsche Zeit nicht so rasch hineinfinden konnten, und die darunter litten, daß ihre eigenen Kinder in sich ihr verschüttetes deutsches Volkstum erkannten.

Was Marie Harts Werk der Welt zu sagen hat, das ist das eine: Es ist viel zu tun an diesem Elsass, an diesem elsässischen Stämme, dem die Geschichte auferlegt hat, immer und immer wieder der Siegespreis seiner großen Nachbarn zu sein! Eine Welt, die wahrhaft gerecht und wahrhaft gewissenhaft sein will, kann nicht dazu schweigen, wenn im Herzen Europas anderthalb Millionen Menschen um ihre angeborene Art gebracht werden, wenn man einem ganzen Volke aus machtpolitischen Erwägungen heraus die Seele aus dem Leibe herausreissen will, wenn man Heuchelei und Scheinheiligkeit auf einem Boden zuläßet, der — wie die großen (und stets deutschen!!) Epochen seiner Geschichte beweisen — zu höchsten Leistungen menschlicher Kultur befähigt ist.

Frankreich und das Saargebiet im Spiegel der Geschichte.

Von A. Meister, Professor an der Universität Münster i. W.
(Südwestdeutscher Verlag, Pasing bei München.)

Das geschichtliche Verhältnis Frankreichs zum Saargebiet ist von französischer Seite so oft unrichtig dargestellt worden, daß die Wahrheit nicht oft genug hervorgehoben werden kann. So ist denn sehr dankenswert, daß ein bewährter Geschichtsforscher Professor A. Meister, auf der „Rheinischen Woche“ in Münster am 14. Juni 1922 einen aufklärenden Vortrag über diese Frage gehalten und ihn jetzt durch den Druck weitern Kreisen zugänglich gemacht hat.

Um ihre Ansprüche auf das linke Rheinufer zu begründen, schent sich die französische Propaganda nicht, auf die keltische Urzeit zurückzugehen. Die Kelten, die ja von den Franzosen als ihre Vorfahren betrachtet werden, bewohnten allerdings das gallische Land bis zum Rhein, aber schon zu Cäsars Zeit waren germanische Stämme über den Rhein gedrungen; nur mit ihrer Hilfe konnten die Römer die Rheingrenze gegen die überrheinischen Germanen behaupten. Zu diesem Zwecke wurden die Nemeier, Wangionen und Tribolier am Oberrhein, die Ubier und die Bataver am Niederrhein als römische Hilfsvölker angestellt. Das Land links vom Rhein hieß damals offiziell Germania superior et inferior (Ober- und Niederdeutschland). Dann drangen im 3. Jahrhundert n. Chr. die deutschen Stämme der Franken und Alamannen über den Rhein vor und nahmen endgültig das Land in Besitz, in dem römische Kultur überhaupt nicht tief eingedrungen war. Die lateinische Sprache war jedenfalls nicht die Sprache des Volkes geworden. So verläuft denn auch die romanische Sprachgrenze weit westlich und südlich vom Saargebiet; die Sprachgrenze aber bestimmt die Ausdehnung des Bereichs, auf den ein Volk Anspruch hat. Und die Bevölkerung des Saargebietes, das seit dem Jahre 870 zum ostfränkischen oder deutschen Reich gehörte, ist alzeit gut deutsch geblieben. In deutscher Sprache ist der Freiheitsbrief verfaßt, den der Graf Johann I. im Jahre 1321 den Bürgern von Saarbrücken und St. Johann verlieh. Ein ehrndes Geschlecht, das Haus Nassau, herrschte seit dem Jahre 1881 über das Land. Eine Gräfin von Saarbrücken, die aus Lothringen stammte, übersetzte französische Ritterromane ins Deutsche! Deutsch ist die Sprache der Saarbrücker Urkunden und des Saarbrücker Landrechtes, ein deutsches Reichsdaten war die Grafschaft Saarbrücken.

Wie kam es nun, daß der französische König Ludwig XIV. mit einem scheinbaren Rechtsgrunde Anspruch auf die Grafschaft Saarbrücken erhob. Im Jahre 999 hatte ein Bischof von Metz, weil die Besatzung der Königsburg Saarbrücken Gewalttätigkeiten gegen die Stiftsherren von St. Arnual begangen hatte, den jugendlichen Kaiser Otto III. um sein Seelenheil besorgt gemeint und ihn veranlaßt, die Burg Saarbrücken, den Hof Völklingen, Quierschied und den Warndtwald dem Bistum Metz zu schenken. Diesen ausgedehnten und von dem Sige des Bischofs weit entfernten Besitz konnten die geistlichen Herren jedoch weder selbst verteidigen, noch bewirtschaften und gaben ihn deshalb an die Grafen des Saargaus, königliche Beamten, zu Lehen, die nun auf der Burg Saarbrücken ihren Wohnsitz nahmen und sich nach dem Verfall der Gauverfassung Grafen von Saarbrücken nannten. Wir besitzen noch einen Lehnsbrief des Bischofs von Metz aus dem Jahre 1475. In dieser Urkunde wurden nur die genannten Lehnshöfe aufgezählt, es steht aber kein Wort von der Lehnshängigkeit der Grafschaft Saarbrücken darin. Es war also, wie selbst französische Geschichtsschreiber anerkannt haben, „eine Rechtsbegnung im markantesten Sinne des Wortes, wenn die Reunionskammer in Metz aus der Lehnshängigkeit der Burg Saarbrücken vom Meier Bischof eine Unterstellung der ganzen Grafschaft unter die Oberhoheit des Königs von Frankreich forderte und die Witwe des Grafen Gustav Adolph, der im Jahre 1677 für Kaiser und Reich gegen die Franzosen kämpfend, seinen Tod gefunden hatte, im Jahre 1681 nötigte, dem König von Frankreich den Lehnseid zu schwören. Im Frieden von Nyswyl (1697) mußte denn auch Ludwig XIV. auf diesen ungerechten Anspruch verzichten und die Grafschaft Saarbrücken ihrem rechtmäßigen Besitzer zurückgeben. Fast hundert Jahre lang hat dann Frankreich gar nicht daran gedacht, Anspruch auf das Saargebiet zu erheben. Die Fürsten von Nassau-Saarbrücken lebten im besten Einvernehmen mit dem mächtigen Nachbar, der im Jahre 1766 durch die Besitznahme von Lothringen seine Grenze bis an das Saargebiet vorschob. Durch friedlichen Ausgleich wurden die Grenzverhältnisse geregelt. Aber die französische Republik war nicht weniger eroberungsfähig als der militaristische und imperialistische König Ludwig XIV. Im Jahre 1792 drangen französische Truppen in das Saargebiet ein, im nächsten Jahre mußte Fürst Ludwig von Nassau-Saarbrücken vor ihnen aus dem Lande seiner Väter fliehen, und durch die Friedensschlüsse von Campo Formio (1797) und Lunéville (1801) wurde das Saargebiet, wie das linke

Rheinuer, mit Frankreich vereinigt. Diese durch den Krieg erzwungene Abtretung wurde nach Napoleons Sturz durch die Friedensschlüsse von Paris 1814 und 1815 rückgängig gemacht. Frankreich erhielt die Grenzen vom 1. Januar 1792 und musste nur die Festungen Saarlouis und Landau an Deutschland abtreten, obwohl es länger als 20 Jahre den Frieden Europas gestört und unermäßliche Opfer an Menschen und Gut von seinen Gegnern gefordert hatte. Es behielt auch das früher geraubte Reichsgut Mez, Toul und Verdun, sowie Elsass und Lothringen. Von einem geschicklichen Rechte Frankreichs auf das Saargebiet kann sonach keine Rede sein und, französische Staatsmänner, die nach dem reichen Kohlengehalt der Saar lästern waren, muhten deshalb bei den Verhandlungen, die zu dem Frieden von Versailles führten, zu der ungeheurelichen Lüge von den 150000 im Saargebiet wohnenden Franzosen ihre Zuflucht nehmen, um dem leichtgläubigen Herrn Wilson seine Zustimmung zu ihren Forderungen abzupressen. Alles dies sah Professor Meister in der erwähnten Schrift klar und überzeugend auseinander, und wir empfehlen sie deshalb der Beachtung aller deutschen Bewohner und Freunde des Saargebietes.

Verurteilte Verleumder.

Während des Wahlkampfes hatte der Richert-Kurier Aufführungen des bestellten „saarländischen Führers“ des Franzosenbundes (geistiger Leiter ist bekanntlich der französische Putschmajor Richert), des ehemaligen kgl. preußischen Einfahrers Reinhard, veröffentlicht, mit denen dieser „seine Politik“ in einer Bergarbeiterversammlung in Tabach zu recht fertigen versuchte. Er behauptete darin u. a., Herr Theodor Vogel habe sich Ausgang 1918, Ende 1919 wiederholt an Reinhard gewandt, der ihm behilflich sein sollte, bei der französischen Bergverwaltung Anstellung zu erhalten. Reinhard hatte diese angeblichen Bemühungen Vogels mit allem möglichen und unmöglichen Bewerk umgeben, um sich damit im Saargebiet tödlich zu blamieren. Herr Vogel hatte in einem Schreiben an den Richert-Kurier um Richtigstellung der größten Erfindungen ersucht. Bei der lediglich auf Lüge und Verrat eingestellten Haltung des durch französische Subventionen vegetierenden Blattes war es natürlich nicht verwunderlich, daß diese Berichterstattung in dem Schmuzblatt nicht erschien. Weniger, um durch Abbild der Berichtigung durch das Blatt selbst rehabilitiert zu werden — Reinhard und Genossen stehen auf viel zu tiefer moralischer Stufe, als daß sie einen anständigen Menschen durch ihre Anwürfe beschmutzen können — als vielmehr, um den Hintermännern zu zeigen, daß ihr Tun jedes Rechtsbegriffs hat ist, ließ Herr Vogel das Blatt durch richterliche Entscheidung zur Berichtigung zwingen. Zu dieser Angelegenheit erhielt Herr Vogel folgendes Schreiben:

Der Erste Amtsanwalt.

II 697/24 Saarbrücken, den 16. April 1924.
Herrn Theodor Vogel, Verwaltungsdirektor
Berlin, Königgrätzer Straße 94.

In Verfolg Ihrer Anzeige vom 15. 2. 1924 gegen den Schriftleiter des hier erscheinenden Saarcourirs auf Aufnahme einer von Ihnen gemäß § 11 des Preßgesetzes der Zeitung überstandenen Berichtigung habe ich ein Ermittelungs-Vorfahren gegen den Schriftleiter Dr. Schöttler hier eingeleitet. Auf meinen Antrag ist Dr. Schöttler durch Urteil des Schöpfgerichts am 5. 4. 1924 verurteilt worden zu einer Geldstrafe von 150 Frs., im Nichtbeitreibungssalle 15 Tage Haft, sowie zur Aufnahme der von Ihnen beantragten Berichtigung. Das Urteil ist rechtskräftig geworden. Angeklagter ist der Auflage zur Aufnahme der Berichtigung nicht nachgekommen, da diese Berichtigung in der ersten nach dem 12. 4. 1924 für den Druck noch nicht abgeschlossenen Nummer des Saarcourirs erscheinen mußte.

Es bleibt Ihnen nunmehr überlassen, durch Stellung eines erneuten Antrages bei mir dem Verfahren weiteren Fortgang zu geben wegen Nichtbefolgung der Auflage des angezogenen Urteils.

J. V.: Porz.

Ohne jedoch weitere Schritte abzuwarten, veröffentlichte das Schmuzblatt die Berichtigung, nahm dabei aber erneut Veranlassung, seine Lügenbehauptungen zu wiederholen. Es beruft sich dabei ausdrücklich auf „Ehren“-Reinhard, womit er im Saargebiet öffentlich den Beweis erbringt, daß er ein infamer Lügner und Verleumder ist, dessen ganze „politische“ Betätigung sich auf Lügen, Erfindungen und französische Schmiergelder

aufbaut, die er dazu verwendet, um sein ehemaliges deutsches Vaterland zu verraten. Heute gehört er zu den Gesellen, die nach getaner Schuldigkeit den verdienten Ehelosigkeit erhalten. Es lohnt sich wirklich nicht, sich mit solchem Gelichter näher zu befassen, deren lichtscheues Treiben infolge Brotneid zu kurz gekommenen Gesinnungslumpen sehr bald eine recht grelle Beleuchtung erfahren dürfte.

Wie das Saarbundgelichter arbeitet.

Im „Saarknappen“ Nr. 17 vom 26. April ist zu lesen: „Vor einiger Zeit gab es eine Entschließung der Sektion St. Ingbert des Saarbundes bekannt, die den Gipfel unverschämter Anmachung darstellt. Wir sind gespannt, ob die Bergwerksdirektion, die immer wieder erklärt, nichts mit dieser Gesellschaft zu tun zu haben, die gestellten „Ultimatums“ erfüllt. Was übrigens von den Behauptungen der Bergwerksdirektion zu halten ist, lehrt uns das Verhalten des Ingenieurs der Grube Püttlingen, der sowohl mit „Hochdruck“ den Saarbund wie auch die französische Volksschule zu fördern sucht. Steiger, die nicht gesonnen sind, sich dem Saarbund zu verschreiben, drohte er, daß „sie dann geköpft“ würden. Tatsächlich ist auch eine Anzahl rücksichtsloser Beamter so verlegt worden, daß sie — weil ein Wohnungswchsel unmöglich ist — zwei bis drei Stunden Anmarsch zur neuen Arbeitsstelle haben. Damit will man die Beamten irre und für den Eintritt in den Saarbund gefügig machen. Es muß doch lämmertlich um ein Gebilde bestellt sein, das mit solchen Mitteln arbeiten muß, seine Reihen und seine Räsen zu füllen. Aber mit noch anderen Methoden sucht man Mitglieder zu „werben“, gemäß dem „liberalen und demokratischen“ Geiste, der in der Saargrubenverwaltung herrschen soll. Saarbundsteiger und Fahrsteiger verschicken an Kameraden Aufnahmecettel für den Saarbund, worauf der Name des betr. Kameraden schon verzeichnet steht. Die Überbringer richten dann noch eine schöne Empfehlung von dem Saarbundagitor aus, die gewöhnlich noch mit nicht mißzuverstehenden „guten Ratschlägen“ verbunden wird. Davon verspricht man sich nämlich die meiste Wirkung; nicht von der Überzeugung der Angegangenen. Hierbei sucht man sich mit Vorliebe solche Kameraden aus, die wegen irgendeinem Gebrechen eine leichtere Arbeit zu verrichten haben. Warum das geschieht, bedarf keiner näheren Erläuterung. Die Zustellung des Aufnahmescheines für den Saarbund nebst den „Ratschlägen“ soll dem Kameraden sagen: „Gehst du nicht in den Saarbund, dann kommst du von deiner jetzigen Arbeitsstelle weg.“ Eine verwerfliche Methode, die allerdings des Saarbundes würdig ist. Er muß geachtet bleiben!“

Paxvorschriften für das besetzte Gebiet.

Die Handelskammer zu Saarbrücken teilt mit: Die Internationale Rheinlandkommission hat soeben eine Verordnung Nr. 256 zur Zusammenfassung und Abänderung der früher erlassenen Verordnungen, betreffend die Einreise, den Verkehr und den Aufenthalt der Personen in den besetzten Gebieten erlassen. Um Unzuträglichkeiten, wie sie im Reiseverkehr mit dem Saargebiet insoweit nicht genügender Kenntnis der Vorschriften der Internationalen Rheinlandkommission in den letzten Monaten zu verhindern waren, endgültig zu verhüten, seien nachstehend die wichtigsten Bestimmungen der Ordinance 256 hinsichtlich des Verkehrs zwischen besetztem und unbesetztem Deutschland mitgeteilt:

Nach Artikel 1 der Verordnung müssen alle in den besetzten Gebieten ständig wohnenden Personen über sechzehn Jahre, gleichviel welcher Nationalität sie angehören, im Besitz eines mit einem Lichtbild und dem Bemerk „Besetzte Gebiete“ versehenen besonderen Personalausweises sein.

Nach Artikel 2 können alle diese Personen, die im Besitz ihres Personalausweises sind, unbehindert zwischen den besetzten Gebieten und dem unbesetzten Deutschland verkehren. Vorbehaltlich von Sonderbestimmungen für Bewohner der unbesetzten Grenzkreise dürfen ferner alle im unbesetzten Deutschland wohnhaften deutschen Staatsangehörigen, die das 16. Lebensjahr überschritten haben, sowie alle deutschen Staatsangehörigen, die ihren ständigen Wohnsitz nicht im besetzten Gebiet haben und von einem außerdeutschen Lande kommen, die besetzten Gebiete nur betreten oder sich darin aufzuhalten, wenn sie im Besitz eines gemäß der vorliegenden Verordnung ausgestellten Ausweises sind, der von dem Oberdelegierten eines der zum entsprechenden Besatzungsgebiet gehörigen Bezirke ausgestellt wird, nach dem diese Personen sich begieben wollen. Jeder Ausweis hat für das ganze Armeebefreiungsgebiet, in welchem er ausgestellt worden ist, Gültigkeit.

Diejenigen Personen, die mit der Bahn eine ununterbrochene Fahrt vom unbesetzten Deutschland nach einem Grenzlande durch das besetzte Gebiet oder umgekehrt zurücklegen, sind vom Ausweis befreit, unter der ausdrücklichen Bedingung, daß sie sich bei ihrem Eintritt in das besetzte Gebiet auf ihren Pax oder ihren Personalausweis von der Kontrollbehörde einen für die Dauer von

24 Stunden gültigen Datumsstempel ausdrücken lassen. Dieser Stempel berechtigt den Inhaber nicht zum Verlassen der im besetzten Gebiete liegenden Bahnhöfe.

Die ausgestellten Ausweise oder erteilten Visa können keinesfalls als ordnungsmäßig visierte Nationalpässe für die Einreise in das Gebiet eines angrenzenden Staates angesehen werden.

Nach Artikel 3 müssen die Anträge auf Erteilung von Geleitscheinen von den Beteiligten schriftlich und unmittelbar an den Oberdelegierten gerichtet werden.

In besonders dringenden Fällen jedoch und ausnahmsweise können Bewohner der befreiten Gebiete für Zureisen von Personen aus dem unbefreiten Deutschland an deren Stelle bei dem Delegierten der Hohen Interalliierten Rheinlandkommission in dem Kreise ihres Wohnortes einen diesbezüglichen Antrag stellen.

Der Antrag auf Ausstellung eines Geleitscheines muss enthalten:

- Zweck der Reise bzw. Reisen,
- ungefähres Datum des Beginnes und der Beendigung des bzw. der beabsichtigten Aufenthalte in den befreiten Gebieten,
- Ort der Ein- bzw. Ausreise sowie die vorgesehene Fahrstrecke,
- Name und Anschrift der Leute, bei denen der Antragsteller zu wohnen beabsichtigt oder die in der Lage sind, Auskunft über ihn zu erteilen.

Dem Antrage sind ein Personalausweis, eine Ausenthaltsbescheinigung, sowie zwei Lichtbilder und die erforderlichen Briefmarken für das Antwortschreiben beizulegen.

Aus vorstehenden Bestimmungen geht hervor, dass für Personen, die aus dem unbefreiten Deutschland nach dem Saargebiet mit der Bahn zu reisen wünschen, lediglich der für die Dauer von 24 Stunden gültige Datumsstempel erforderlich ist, der bei Eintritt in das befreite Gebiet erwirkt werden muss. Unklar bleibt jedoch einstweilen noch, welche Regelung für solche aus dem unbefreiten Deutschland kommenden Personen Platz greift, die sich auf dem Landwege, beispielsweise per Kraftwagen, durch das befreite Gebiet nach dem Saargebiet begeben wollen. Die Handelskammer wird für eine baldmögliche Klärung dieser Frage besorgt sein.

Aus den weiteren Bestimmungen der Verordnung ist zu entnehmen, dass Saarländer zur Einreise in das befreite Gebiet lediglich ihres roten Personalausweises oder des Reisepasses bedürfen. Der Pass muss aber binnen zwei Tagen nach Eintreffen des Passinhabers in den befreiten Gebieten durch die zuständige deutsche Ortsbehörde mit einem Sichtvermerk versehen werden.

Der Bahntribut der Franzosen.

Mitten durch deutsches Gebiet geht die Pass- und Zollgrenze, für deren Überschreitung die Franzosen ihren Tribut erheben. Nach Angabe des französischen Nachrichtenblattes sind in der Woche vom 29. März bis 6. April für Ausreise 1 284 799,25 M und für Einreise 507 910,25 M erpreist worden. Über 1 Million 760 000 Goldmark innerhalb sieben Tagen von dem ohnehin schon so bedrängten Volk an Rhein und Ruhr für die Erlaubnis von Frankreichs Gnaden, einmal den kranken Bruder, den sterbenden Vater oder sonst jemand an der andern Seite der willkürlich gezogenen Grenze besuchen zu können!

Erschwerende Bestimmungen für die Versendung von Waren ins Saargebiet.

Die Industrie- und Handelskammer für Köln teilt mit, dass seit dem 1. Mai die Erteilung von Bestimmungsausweisen für Sendungen nach dem Saargebiet strenger gehandhabt werde. Es gelten folgende, am 27. März von der Regierungskommission veröffentlichte Richtlinien:

1. Es soll keine deutsche Ware, die eines Bestimmungsausweises bedarf, verhandelt werden, bevor der Bestimmungsausweis tatsächlich erfolgt ist.

2. Ab 1. Mai 1924 wird das Ein- und Ausfuhramt grundsätzlich jeden Antrag auf Bestimmungsausweise für deutsche Waren, die schon im Saargebiet eingetroffen sind, ablehnen.

3. Um jede Verzögerung zu vermeiden, hat der Absender in dem die Sendung begleitenden Frachtbriefes in die Spalte „Erklärungen über die polizeiliche Behandlung“ die Nummer des Bestimmungsausweises und daneben die Wertberechnung des Eingangspostamtes des Saargebietes einzutragen.

4. Bei Sendungen, die eines Bestimmungsausweises nicht bedürfen, soll dies, um Verwechslungen und Verzögerungen zu vermeiden, im Frachtbrief besonders vermerkt werden.

5. Für Postpaleten muss die Nummer des Bestimmungsausweises gleichzeitig auf der Begleitadresse, auf der Zolldeclaration Modell C und auf der Adresse des Paketes vermerkt werden.

6. Wenn nicht innerhalb von 11 Tagen nach Absendung der Ankunftsbenachrichtigung von dem Empfänger die für die freie Einfuhr nötigen Unterlagen dem Zollamt vorgelegt werden, oder die Ware verzollt, oder an den Absender auf Verlangen des Empfängers zurückgesandt wird, so wird ein Beschlagnahme- und Versteigerungsverfahren über die betreffenden Waren eingeleitet. Von dem hierbei erzielten Erlös werden alle auf der Sendung ruhenden bis zum Tage des Verkaufs entstandenen Kosten für Transport, Lagergeld, Standgeld, Unterhaltskosten usw. vorweg abgezogen.

Von saarländischen Handels- und Wirtschaftskreisen ist in wiederholten Eingaben darauf hingewiesen worden, dass die zollpolitische Abschaffung des Saargebiets von Deutschland zu den schwersten wirtschaftlichen Erschütterungen führen müsste. Derartige Einwände haben weder von Seiten der Regierungskommission noch von Seiten des Volksbundes auch nur die geringste Beobachtung gefunden. Am 10. Januar 1925 wird die Zollgrenze gegen Deutschland geschlossen; das Versailler Diktat sieht diese Regelung vor und da sie im Interesse Frankreichs liegt, wird die Bestimmung auf den Buchstaben genau angewandt. Daselbe Diktat sieht die Befreiung des Saargebiets von jeglicher Besetzung vor — diese Bestimmung wird nicht durchgeführt, weil die Belassung des französischen Militärs zum Schaden der Saargebietbevölkerung ebenfalls im Interesse Frankreichs liegt. Beide Auslegungen — Anwendung und Miachtung von Bestimmungen — erfolgen im Namen des Volksbundes!

Das mißachtete Arbeiterrecht im „Arbeiterstaat“ an der Saar.

Nachdem im Laufe der letzten Wochen die Führer der christlichen Gewerkschaften wiederholt bei einzelnen Mitgliedern der Regierungskommission vorgesprochen hatten, wurde jetzt vom Landesausschuss des Deutschen Gewerkschaftsbundes für das Saargebiet eine besondere Eingabe an das Generalsekretariat der Regierungskommission sowie die einzelnen Mitglieder derselben gerichtet. In der Eingabe sind die dringendsten Wünsche und Forderungen, auf deren baldige Erfüllung die saarländische Arbeitnehmerschaft rechnet, ausführlich unterbreitet. Vor allen Dingen wird die Aufhebung der sogenannten Antistreikverordnung vom 2. Mai 1923 gefordert, die in der Tat ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter darstellt. Sie schränkt das Koalitionsrecht, für das die Arbeiter jahrzehntelang gekämpft haben, in erheblichem Maße ein. Wie in der Denkschrift ausgeführt wird, erhält die saarländische Arbeitnehmerschaft in dieser Verordnung neben der Einschränkung ihrer Rechte auch eine Besiedigung. Um die zwischen Unternehmern und Arbeitern hervortretenden wirtschaftlichen Gegensätze nach Möglichkeit auszugleichen und bei Discrepanzen Wege zur Verständigung zu finden, wird eine auf paritätischer Grundlage zusammengesetzte Arbeitskammer vorgeschlagen. Desgleichen sollen die gegenwärtig unzulänglichen Schlittungsausschüsse, die während des Krieges entstanden und nur auf die Bedürfnisse dieser Zeit zugeschnitten waren, weiter ausgebaut werden. Als geeignete Grundlage zur Neuregelung des Schlittungswesens werden die Reichsverordnungen vom 28. 12. 18 sowie die vom 30. 10. und 29. 12. 23 angeführt. Weiter wird die gesetzliche Festlegung des Achtstundentages und der Betriebsvertretungen verlangt. Was die letztere angeht, so ergibt sich, dass die im Saargebiet bestehenden Arbeitsausschüsse noch auf Grund des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst tätig sind, was dadurch zu erklären ist, dass die gesamten sozialpolitischen Neuerungen der deutschen Republik im Saargebiet bisher keine Nachahmung gefunden haben. Im Saargebiet ist ein vollkommen sozialpolitischer Stillstand festzustellen. Zum Bergbau fehlen Angestellenausschüsse vorläufig. Von der Regierungskommission wird deshalb eine Vorlage verlangt, durch die die Betriebsvertretung der Arbeiter und Angestellten in geheimer Weise geregelt wird. Zum Schluss verlangen die Gewerkschaften eine Verlängerung der jüngsten Arbeitslosenunterstützung, die für einen verheirateten Vollarbeiter mit zwei Kindern 9,40 Frs. pro Tag beträgt, sowie die Beschaffung von Kredit zur Errichtung der Arbeiterwohnungen.

Kleine Tageschronik.

Saarbrücken. Die Frage der gesetzlichen Feiertage ist nunmehr gelöst. Die früheren Feiertage bleiben bestehen. Insbesondere behalten die Pfälzer Katholiken ihren Maria-Himmelfahrtstag auf den 15. August. Ebenso bleibt der Buß- und Betttag mit Rücksicht auf den evangelischen Volkstags als gesetzlicher Feiertag bestehen. Zwei Feiertage werden jedoch als allgemein gesetzliche Feiertage anerkannt: der Fronleichnamstag und Karfreitag. Mit dieser Lösung wird die Saarbevölkerung aufzufinden sein. — Die Neuvergütungszahl für die Stadt Saarbrücken ist, nach Mitteilung der städtischen Preisprüfungsstelle, für den Monat April 1924 ohne die Kosten für die Bekleidung mit 445, und einschließlich der Kosten für die Bekleidung mit 524 errechnet worden. Die Indeziffer beträgt 849 ohne, und 386 mit Bekleidung. — Der Kauterpöller Wilh. Dauer, hier Neugrabenweg wohnhaft, hantierte mit einem Armeerevolver und da dieser versagte, wollte er sich in den Hof begießen, um daselbst einen Schuß abzugeben. Als er zur Thür hinaus ging, betrat sein 28 Jahre alter Sohn Alexander das Zimmer. In diesem Augenblick krachte ein Schuß und der Sohn starzte zusammen. Die Kugel war ihm in den Unterleib getroffen. Er wurde sofort in das evangelische Krankenhaus gebracht, woselbst er nach seiner Einlieferung verstarb. Der Unglücks war verheiratet und hinterließ zwei unmündige Kinder. — Von einem Auto überfahren und getötet wurde ein Eisenbahnsekretär.

Die evangelischen Vereine St. Arnuals hatten den hier weilenden Ferienkindern nebst ihren Pflegeeltern im Garten der Wirtschaft Karl Fried ein Abschiedsfest bereitet, wozu aus der Bürgerschaft und Geschäftswelt reiche Spenden an Kuchen, Schokolade, Würstchen und dergleichen eingingen. Nachdem ausgiebig Kaffee getrunken war, wurden die Kinder, die aus Hamburg, Hannover und Mannheim stammen, in verschiedenen schönen Ansprachen ermahnt, unser schönes Saargebiet als deutsches Gebiet und ihre Pflegeeltern als deutschempfindende Menschen in Erinnerung zu behalten; dem sollte auch das gemeinsam gesungene „Ich hab mich ergeben“ Ausdruck verleihen. Sodann mußten die kleinen Gäste sich die gestifteten Herrlichkeiten durch Klettern, Sadlaufen und Wurstschnappen erringen, was einen solchen Jubel und Trubel auslöste, daß sich sowohl die Spender als auch diejenigen, die sich um das gute Gelingen des Festes bemüht hatten, reichlich belohnt fühlen konnten.

Brebach. Der Hüttenarbeiter Ferdinand Rieger von Gechingen kam mit seinem Fahrrad der Straßenbahn zu nahe, so daß er auf die Seite geworfen wurde und sich schwere Verletzungen zuzog. Noch in derselben Nacht starb er im Krankenhaus. Der Getötete ist Vater mehrerer Kinder.

Wöllingen. Ein schreckliches Unglück ereignete sich auf dem heutigen Bahnhof. Auf den Gleisen stand man die in zwei Stücke geschnittene Leiche des 52 Jahre alten verheirateten Kanngiessermeisters Georg Marx von hier. Wie der Unfall sich ereignete, konnte nicht festgestellt werden, da Zeugen des Vorfalls nicht vorhanden sind. — Die neuen Kirchenglocken für die katholische Pfarrkirche sind endlich nach Wochenlanger Reise hier angekommen. Die feierliche Weihe stand kurzlich statt. Die neuen Glöden sind von der Firma Otto in Hemelingen bei Bremen gefertigt.

Wehrden. Drei Herren aus Wehrden haben sich entschlossen, eine Weltreise per Fahrrad anzutreten. Die Reise selbst, die in allernächster Zeit stattfindet, stellt etwas ganz Neues auf diesem Gebiete dar.

Pachten. Unter Teilnahme der gesamten Einwohnerschaft, vieler eingeladenen und auswärtiger Gäste fand die feierliche Einweihung eines Hochkreuzes und Ehrenmales für die Gefallenen statt. Standort ist der neue Friedhof. Das Denkmal ist kunstvoll von einem Mayener Meister aus dortigem Basalt gemeißelt, einem bekannten wetterbeständigen Stein, der dauernder ist als Erz. Das herrliche Denkmal ist ehrend für die 84 Gefallenen, ehrend für die Gemeinde, die ihren Helden dieses schöne Denkmal gesetzt hat.

Mettlach. Die seit dem 11. Jahrhundert bestehende Salzquelle ist durch eine weitere Quelle erweitert worden. Zurzeit sind neue Bohrungen in Arbeit, eine starke Mineralquelle ist aufgeschlossen worden. Wie man hört, soll das Mineralwasser in den Verkehr gebracht werden. — Wie verlautet, hat die Verwaltung der Burg Montclair beschlossen, ein eisernes Gitter um die ganze Ruine anzulegen, damit den an dieser Stelle schon öfters gerigten Zerstörungen durch Besucher Einhalt getan werde. Die Zerstörungswut hatte derartige Folgen, daß man jetzt Aufräumungsarbeiten vornehmen muß.

Mittelbergbach. Alle alten Knappen, ungefähr 70, aus der ganzen Umgegend hatten sich an einem der letzten Sonntage

wieder zusammengefunden zu einem gemeinsamen Spaziergang in den nahen Wald, wo sich die alten Leute ein schönes Gruppenspiel machen ließen, das für sie ein stetes Andenken sein wird an alte Kameraden, mit denen sie einst tief in der Erde Schöß garbten.

Das Reich und das Saargebiet.

Erweiterter Gebührenerleichterung für minderbemittelte Studenten. Wie wir erfahren, hat das preußische Kultusministerium die für den Erlaz der Hochschulgebühren zur Verfügung stehenden Mittel erhöht, so daß in diesem Semester 20 v. H. alle Studierenden ganz oder zur Hälfte von den Gebühren befreit werden können. Gleichzeitig ist angeordnet worden, daß die Hochschulgebühren an den Universitäten in zwei Raten und an den Technischen Hochschulen usw. in drei Raten bezahlt werden können. — Diese Erleichterungen beziehen sich selbstverständlich auch auf Studenten aus dem Saargebiet.

Personalnachrichten.

General der Kavallerie von Möhner, während des Kriegesstellvertr. Kommandierender General des 21. Armeecorps, feierte am 1. Mai sein 80-jähriges Militärjubiläum. Am 16. Februar 1848 in Berlin geboren trat er am 1. Mai 1864 in das Rgl. Husarenregiment erstes rheinisches Nr. 7 in Bonn ein. Er erworb sich im 68er Kriege den Roten Adlerorden mit Schwertern und im 70er Krieg das Eisene Kreuz 1. Klasse. 1891 wurde er Kommandeur des Leibgardehusarenregiments in Potsdam, in welcher Stellung er im Jahre 1892 zum Flügeladjutanten des Kaisers ernannt wurde. Im Jahre 1901 wurde er Kommandeur der 30. Division in Straßburg, 1903 Gouverneur von Straßburg. Er gehörte auch der 1. Kammer von Elsaß-Lothringen an. Am 18. Januar 1910 trat er in den Ruhestand über.

Prof. Dr. Dießen, leitender Arzt der inneren Abteilung des Landeskrankenhauses zu Homburg, wurde gelegentlich des in Berlin tagenden Röntgenologenkongresses zum ersten Vorsitzenden des deutschen röntgenologischen Kongresses für 1925 gewählt.

Aus den Kommunalverwaltungen. Gerichtsassessor Karl Roth in Ottweiler wurde mit der Verwaltung der Regierungsratsstelle beim Landratsamt Ottweiler beauftragt. — Oberschulträger Wilhelm Gerhardt in Illingen wurde zum Standesbeamten für den Bezirk Merchweiler ernannt.

Schulpersonalien. Laut Amtsblatt ist der komm. Kreisschulrat Wallerius mit Wirkung vom 1. Oktober 1923 zum Kreisschuldirektor, und die komm. Kreisschulräte Reich, Steeg und Thiel zu Kreisschulräten zum gleichen Zeitpunkte ernannt worden.

Intendant Martin nach Crefeld berufen. Der bisherige Intendant des Saarbrücker Stadttheaters ist nach einer Meldung aus Crefeld zum Intendanten des Crefelder Stadttheaters gewählt worden. Die Wahl Martins erfolgte einstimmig, nachdem der Kölner Oberspielleiter Dr. Otto Liebscher in letzter Stunde seine Bewerbung zurückgezogen hatte und Martin somit einziger Bewerber geblieben war. Das Scheiden dieses hochbeschäftigte Intendanten bedeutet für Saarbrücken sicher einen empfindlichen Verlust.

Dienst- und Arbeitsjubiläen. Auf eine fünfzigjährige Tätigkeit auf dem Neunkircher Eisenwerk konnte zu Anfang Mai der Vorarbeiter August Günther in Neunkirchen zurückblicken. — Sein 25-jähriges Jubiläum im Dienste der Firma B. Seibert, G. m. b. H., Eisenhoch- und Brückenbauwerke in Saarbrücken, beging der Kaufmännische Direktor Herr Otto Becker. Der Jubilar trat am 1. Mai 1899 in den Betrieb des Gründers der Firma Herrn Bernhard Seibert ein, bei der Umstellung der Firma in eine G. m. b. H. wurde ihm der Posten des Kaufmännischen Direktors übertragen.

Das Fest der goldenen Hochzeit feierten am 2. Mai die Eheleute Johann Hens pens. Hüttenarbeiter und Magdalena geb. Hens in Fürstenhausen. Die Eheleute sind 1845 bzw. 1853 zu Effingen, Kreis Daun, geboren und sind seit 1896 in Fürstenhausen ansässig.

Auf ein 60jähriges Handwerkerjubiläum kann Bäckermeister Bander Werth in Merzig zurückblicken. Der 70jährige Jubilar ist noch ziemlich tüchtig und täglich noch in seinem Handwerk tätig. Der Bäckerverband überreichte ihm eine Ehrenurkunde.

Kirchliche Personalien.

Beförderungen. Der Pfarrer von Neunkirchen Johann Hermann zum Definitor (1. Definition) des Dekanates Daun; der Pfarrer von Lebach Johann Dahmen zum 2. Definitor (3. Definition) des Dekanates Dillingen; der Pfarrer von Baumholder Joseph Pfeiffer zum 2. Definitor (3. Definition) des Dekanates St. Wendel; der Pfarrer von Neunkirchen Martin Schunk zum Definitor des Dekanates Birkenfeld. — Es wurde ernannt: Der Pfarrer von Spiesen Johann Schneider als Pfarrer von Klein-Blittersdorf. — Es wurde übertragen die Verwaltung von Humes dem Pfarrer von Wiesbach Jakob Schäfer; Mondorf dem Pfarrer von Büdingen Jakob Rech; Biogen dem Pfarrer von Bedingen Definitor Matthias Flesch.

Aus den Gemeindeverwaltungen.

Bürgermeister Ludwig in Neunkirchen, der nunmehr 40 Jahre an der Spitze der Verwaltung von Neunkirchen steht, hat einen längeren Erholungsurlaub angetreten. Der 67jährige Beamte, unter dessen Führung Neunkirchen einen gewaltigen Aufschwung genommen hat, soll wegen seines Gesundheitszustandes sich mit dem Gedanken tragen, im Herbst an den Ruhestand zu treten.

Verkehr.

Vierundzwanzigstundenrechnung auf den Saarbahnen. Am 1. Juni tritt der Wechsel zwischen dem Winter- und Sommerfahrplan ein. Diese Gelegenheit benutzt die Eisenbahnverwaltung, um die Vierundzwanzigstundenzeitrechnung auch auf den Bahnen des Saargebietes einzuführen. Ein großer Teil der Eisenbahnverwaltungen hat die Vierundzwanzigstundenzeitrechnung schon längere Zeit eingeführt, und alle übrigen beteiligten Eisenbahnverwaltungen (auch die deutsche) haben ihrer Einführung im Zugverkehr im Prinzip zugestimmt, so daß sie im Eisenbahnbetrieb, wenn vielleicht auch noch nicht am 1. Juni, so doch in absehbarer Zeit, allgemein zu erwarten steht. Die Zeitrechnung wird von Mitternacht zu Mitternacht durchgeführt, und zwar derart, daß in den Fahrplänen die Ankunftszeit der Züge um Mitternacht (bis 12 Uhr) mit 24.00 und die Abfahrtzeit der Züge um diese Stunde mit 0.00 dargestellt werden.

Ewig deutsch bleibt Rhein, Saar, und Ruhr.

Melodie: Deutschland, Deutschland über alles.

Ernst Bouvier.

1. Zu der ganzen Welt laßt singen:
Ewig deutsch bleibt Rhein und Ruhr.
Wo noch deutsche Jungen klingen,
Spricht das Herz den heil'gen Schwur;
Deutschland darf nicht untergehen,
Einig soll es ewig sein,
Und die Welt wird wieder sehen
Stolz und frei den deutschen Rhein.
2. Und du reiches Land der Kohlen,
Deutsches Land an deutscher Saar,
Wollen dich die Feinde holen,
Bleibe treu dem deutschen Vater!
Nur die Treue wird sich lohnen,
Baut darauf als Unterpfand,
Ohne Saarland, ohne Kohlen
Blüht kein deutsches Vaterland.
3. Harret aus drum, deutsche Brüder!
Lebt ihr auch in „fremdem“ Land,
Einstmals grüßt die Sonn' euch wieder
Froh im alten Vaterland.
Diese Hoffnung fort sich erbe
Von Geschlecht zu Geschlecht —
Deutschland, Deutschland nie verderbe,
Stolz im Unglück, stark im Recht.

*

Vom Bund „Saar-Verein“ und den angeschlossenen Vereinigungen.

Zum Leipziger Bundesstag.

Wie wir soeben erfahren, hat das sächsische Innenministerium dem Vorsitzenden des Saar- und Pfälzvereins in Leipzig, Ingenieur Seiter mitgeteilt, daß die große Saar- und Pfalzlandgebung am Sonntag, dem 25. Mai, vormittags 10½ Uhr, am Böllerschlachtdenkmal behördlich genehmigt wurde. Der vorgelehene geschlossene Rückmarsch in die Stadt wird jedoch aus Gründen der Verkehrssicherheit nicht stattfinden. Bekanntlich hat Reichsminister des Innern, Dr. Jarres, die Hauptrede am Böllerschlachtdenkmal übernommen. Verschiedene behördliche Stellen, darunter der preußische Ministerpräsident und das badische Staatsministerium haben in besonderen Schreiben bereits zum Ausdruck gebracht, daß sie mit lebhafter Anteilnahme dem Verlauf der Tagung folgen und die Veranstaltung im Interesse des Saargebietes besten Erfolg wünschen. Die Zahl der Anmeldungen seitens der Ortsgruppen ist bis zur Stunde wider Erwarten stark.

Die bestellten Zimmer sind auf dem Bahnhof im Empfangsraum oder im Künstlerhaus, Bosestraße, zu erfragen.

Einen Saar-Unterhaltungsabend veranstaltete die Berliner Ortsgruppe des Bundes „Saar-Verein“ am 28. April, abends um 8 Uhr, im Muschelsaal des Weinhauses Rheingold, der einen in jeder Beziehung schönen Verlauf nahm. Der Vorsitzende der Berliner Ortsgruppe, Direktor Hett, gab in seiner begrüßenden Einführungsrede seiner Freude darüber Ausdruck, daß nach langer Zeit die erste derartige Abendunterhaltung sich eines so schönen Besuches zu erfreuen habe. Er erwartet, daß durch solche Unterhaltungsabende die in Berlin wohnenden Landsleute und Freunde des Saargebietes einander näher gebracht werden, um dadurch noch erfolgreicher als bisher sich in den Dienst zur Deutscherhaltung des Saargebietes stellen zu können. Mit dem Saarjägergruß und einem schönen Saarlied eröffnete das Berliner Männerquartett den Unterhaltungsabend. Sodann richtete der Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Verwaltungsdirektor Vogel, einige Worte an die Erschienenen, indem er seiner Genugtuung darüber Ausdruck gab, daß ein Altelsässer, ein Vertreter des echten deutschen Elsasses, Dr. Ernst Berlin, in einem Lichtbildervortrag über „Unser Elsass, der Nachbar des deutschen Saargebietes“ die freundnachbarlichen Beziehungen zwischen Elsass und Saargebiet betonen werde. Er beklagte es, daß man im großen ganzen im deutschen Volke das deutsche Elsass-Lothringen schon so gut wie aufgegeben und vergessen habe, den getreuen deutschen Nachbar des Saargebietes, dessen deutsche Art durch die tausendjährige Geschichte genügend dargetan sei. Er erinnerte daran, daß das Wesen des Deutsch-Lothringers und Elsässers mit dem Wesen des Saarländers und Pfälzers sehr viel gemein habe und daß man gerade im Saargebiet stets treue Nachbarschaft zu dem deutschen Lothringen und dem deutschen Elsass gehalten habe. Er (Redner) gehöre zu jenen deutschen Männern, für die das unterschriebene Friedensdiktat von Versailles, welches man uns aufzwang, keine Rechtsverbindlichkeit besitze, und aus diesem Grunde stehe er auf dem Standpunkte, daß uns alles wieder werden müsse und daß wir vor allen Dingen Elsass-Lothringen wieder haben müßten.

Dr. Ernst ergriff darauf das Wort zu seinem Lichtbildervortrag, um nach kurzen geschichtlichen und geographischen Erklärungen die zahlreichen Zuhörer im Geiste durch Lothringen und durch das wundervolle Elsass zu führen. Die fesselnden Ausführungen brachten immer wieder neue Beweise für den urdeutschen Charakter des elsässischen Landes und des elsässischen Volkes. Mit besonderem Stolze hob Redner hervor, daß es gerade die Altelsässer seien, die die zuverlässigsten Träger des deutschen Gedankens darstellten. Wehmütige Erinnerungen riefen bei vielen, die die herrlichen Vogesen und das wunderschöne Elsässer Landchen persönlich kennen, die wohlgelungenen Lichtbilder hervor. Mit spannender Aufmerksamkeit folgten die Zuhörer den hochinteressanten Ausführungen, und den Vortragenden belohnte nach seinen fast 1½ stündigen Ausführungen stürmischer Beifall der Erschienenen. Der Vorsitzende, Direktor Hett, sprach Herrn Dr. Ernst seinen ganz besonderen Dank für den vortrefflichen Vortrag aus. Nach dem Vortrag sang das Berliner Männerquartett nach der bekannten Melodie des schönen Liedes „O Straßburg, o Straßburg, du wunderschöne Stadt“ folgende tief ergreifende Strophen:

„Berraten, erschlagen, viel Hunderttausend tot,
Auf Straßburg weisse Fahnen verhöhnen deutsche Not,
Lacht flattern, laßt wehen und sank auch unser Glück,
O Straßburg, unser Straßburg, o lebt' zu uns zurück.“

Schöne Saarheimatsieder, Nieder vom Rhein, der Mosel und der Pfalz des vortrefflichen Männerquartetts sowie kleinere Vorträge tragen zur weiteren Unterhaltung bei. Allgemein wurde dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß die Berliner Ortsgruppe noch recht oft zu derartigen Veranstaltungen einladen möchte.

Rhein, Ruhr und Saar unter Fremdherrschaft. Der „Verein für das Deutschtum im Ausland“ in Leipzig veranstaltete am 7. Mai im Leipziger Christlichen Vereinshaus einen Vortragsabend über die Fremdherrschaft im Rhein-, Ruhr- und Saargebiet. Einleitend urteilte Frau Geheimrat Rabé die erweiterten Ausgaben des B. d. A. Hatte sich der Verein vor dem unglücklichen Ausgang des Krieges nur dem Schutz des Deutschstums im Ausland zu widmen brauchen, so gilt seine Tätigkeit jetzt auch den bedrängten Schwestern und Brüdern im besetzten Gebiet. Als Redner war Verwaltungsdirektor Vogel vom „Saar-Verein“ in Berlin gewonnen worden. In einundhalbstündigen fesselnden Ausführungen zeichnete er ein Bild von der Not der Deutschen im besetzten Gebiet und von ihrer Treue. Er knüpfte an das Wort des Reichskanzlers Marx an, daß man die Menschen um so verändert findet, je näher man dem besetzten Gebiet kommt. Der Kampf um das Deutschtum läßt dort die Zwistigkeiten zurücktreten, die im unbelegten Gebiet vielfach den ganzen Inhalt des politischen Lebens ausmachen. An der Hand einiger Beispiele führte der Redner aus, daß nur die innere Uneinigkeit und das verräterische Treiben von Deutschen den schweren Sturz und die Annahme des Versailler Vertrages verschuldet hätten. Der Redner schilderte dann die Versuche der Franzosen, unter Hervorhebung gemeinsamer politischer und religiöser Ideale (Demokratie und Katholizismus), die Bewohner des besetzten Gebietes Deutschland zu entfremden und zollte den Bischöfen von Trier, Korum und Bornemässer, seine Anerkennung für ihr mannhaftes Auftreten gegen den Missbrauch der Religion zu schmugriger Französischer Politik. Zur Erörterung der „schärfsten Methoden der Bekämpfung“ übergehend, erinnerte Herr Vogel an die schwärzliche Schmach und die brutale, jeder Vernunft bare Justizverwaltung, der bereits 1800 Deutsche zum Opfer gefallen seien. Die Fremdherrschaft sei im Saargebiet besonders drückend, da sich Frankreich dort auch in den Besitz der wirtschaftlichen Macht gesetzt habe. Der Besitz der Gruben ermöglicht ihnen, französische Kapitalbeteiligung an deutschen Industrieunternehmungen zu erzwingen. Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag, der in einem freudigen Belebnis zum Deutschtum ausklang, wies der Vorsitzende des Saar-Pfalz-Vereins in Leipzig, Ortsgruppe des Bundes „Saar-Verein“, Ingenieur Seehofer auf die geplante große Deutsche Tagung hin, auf der Pfälzer und Saardeutsche vor dem Völker Schlacht-Denkmal dem deutschen Vaterland den Treueschwur leisten wollen. — Auf Veranlassung des Vereins für das Deutschtum im Ausland hielt Verwaltungsdirektor Vogel an drei Tagen vor den Schülern verschiedener höherer Lehranstalten Vorträge über „Das deutsche Saargebiet unter der französischen Fremdherrschaft“. Mit größter Aufmerksamkeit folgten die Schüler seinen Schilderungen, die er an der Hand von vielen Beispielen illustrierte. Einen besonderen Abschluß fand dieser Vortragszyklus durch den Vortrag in der Aula des Thomasgymnasiums, indem sich die Schüler am Schlusse erhoben und unter Orgelbegleitung das Deutschlandlied sangen. Von den Schulleitern und den Lehrern wurde Herrn Vogel aufs herzlichste gedankt dafür, daß er seinen Zuhörern das Saargebiet und die Dinge, die sich dort zutragen, nähergebracht hat. Man gab ihm die Versicherung, daß seine Vorträge auf die Jugend einen nachhaltigen Eindruck ausgeübt hätten. Es wurde ferner dem Verein für das Deutschtum im Ausland ganz besonderer Dank dafür abgestattet, daß er dazu übergegangen ist, solche Vorträge besonders an den höheren Lehranstalten halten zu lassen. Jedenfalls kann nur dem Wunsche Ausdruck gegeben werden, daß auch die Lehranstalten aller deutschen Städte im nichtbesetzten Gebiete diesem Beispiel folgen mögen, um so durch die Jugend in weiten Kreisen Kunde von der Not und den Leidern der besetzten und abgetrennten Gebiete geben zu können.

Verein der Pfälzer. Wir lesen in den Mitteilungen des Vereins der Pfälzer: Was uns wegen Überschüsse in den beiden vorangegangenen Nummern nicht möglich war, holen wir als Fortsetzung unseres Geleitwortes in Nr. 5 heute nach. Unsere Mitglieder wissen, daß wir während der Inflationszeit liebevolle Aufnahme in den Spalten des „Saar-Freund“, dem Organ des Saarvereins, gefunden haben, wofür wir diesem und seinem Vorsitzenden Herrn Direktor Vogel sowie Herrn Redakteur Rich. Posselt vielen Dank schulden. Herr Vogel ist als Wanderredner auch heute noch und fortgesetzt für unsere Heimat tätig und wenn wir dem Saarverein und seinen beiden sehr verdienten Herren hiermit öffentlich unseren Dank abstatton, so sei auch jenen Mitgliedern, die den trefflich redigierten Kämpfer „Saar-Freund“ vermissen, und wer es sich irgendwie leisten kann, angelegerlich empfohlen, bei der Post auf den „Saar-Freund“ zu abonnieren.

Des Saarlands Lied.

In der 1. Nummer des 4. Jahrgangs der Bundeszeitschrift des Saar-Hängerbundes wird die Entscheidung des Preisgerichts über einen Saar-Hängerspruch mitgeteilt. Danach wurden mit den ersten drei Preisen ausgezeichnet:

1.

Dem Saarstrom gleich, der durch die Heimat zieht,
Der Berg und Täler, Höh' und Tiesen bindet,
Der treu den Weg zur großen Heimat findet,
Fließt unversieglich — treu des Saarlands Lied.

Gotthard Licher.

2.

Irisch, wie der Eichwald in Saarlands Gauen,
Stark, wie die Arme, die Kohlen bauen,
Rein, wie der Stahl in Oesen glüht,
So grünen des Saarlands Hänger die Heimat
im deutschen Lied. Albert Born.

3.

Brüder!
Das ist des Saarvolks Schwur!
Deutsch bleiben Berge, Saar und Fluß,
Deutsch bleibt das Blut, das uns durchzieht,
Und ewig deutsch des Saarlands Lied!

Hanns Maria zur.

Bücherschau.

Handgebundene Hoserbücher werden vielen Freunden der mit Bildschmuck versehenen Bändchen willkommen sein, die sie zu Geschenkzwecken benutzen wollen. Unter der Überschrift „Aus der Natur“ sind die Schriftchen unseres heimischen Schriftstellers Theo Schmidt „Ihr Blümlein alle heraus!“ und „Was da kreucht und fleucht“ zusammengesetzt. In der Zeit wiedererwachenden Lebens im Mai bilden sie eine kostliche Gabe. Ebenso zeitgemäß ist der Band „Der Bauer“, in dem die Hefte „Bauerntum“ und „Der Bauer“ von Studienrat Dr. Kloeckner enthalten sind. Der dritte Band „Glaubenskämpfe der ersten Christen“ bildet eine für die Jugend berechnete Auswahl des Studienrats Heinrich Fahrbinder aus den bekannten Romanen Quo-Vadis“ und „Die Kirche der Katalombe“. Der feinsinnige bekannte Kunsthistoriker Severin Rüttgers beschreibt uns in dem Band „Maria in der deutschen Kunst“ mit der Wiedergabe des ganzen Marienlebens von Albrecht Dürer und ausgewählten Marien-Dichtungen der Vergangenheit. Der letzte Band fährt unter dem Titel „Deutsche Dichter“ eine größtenteils von hiesigen bekannten Schulmännern getätigte Auswahl aus den Werken Theodor Storms, Eduard Mörikes, Gottfried Kellers, des Prinzen Emil von Schönau-Carolath, sowie die beiden Anthologien „Das ist der Tag des Herrn“ und „Mutter und Kind“ zusammen. Hoffentlich werden die Bände in dem neuen schönen Gewande den Weg in manches deutsche Haus finden!

Als dritter Band der volkstümlichen Schriftenreihe „Unsere Saarheimat“ wird demnächst im Verlage Gebr. Hoser ein Werk „Heilmittel und Heilbräuche im Saargebiet“ erscheinen. Der Verfasser, Rektor Karl Schneider, hat in mehr als zehnjähriger Sammelarbeit den Versuch unternommen, die Arten der Volksheilungen im Saargebiet übersichtlich zusammenzustellen. Es hat ihm dabei fern gelegen, ein Nachschlagewerk für Krankheitssäule zu schaffen, es sollte lediglich ein „altes Volksbuch, alte Volksweisheit“ der Vergessenheit entrissen und die Liebe zu unserer Saarheimat geweckt und gestärkt werden.

Briefkasten.

K. H. in J. 10 Jr. erhalten.